Nr. 144. Halle a. S., Dienstag den 23. Juni 1908. 19. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. exkl. Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Halleſaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr beträgt für die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Die Junischlacht.

In dieser Woche sind seit der Junischlacht sechzig Jahre verflossen, sechzig Jahre des proletarischen Klassenkampfes. Denn mögen auch schon vorher in England gewaltige Kämpfe der Arbeiter gegen Bourgeoisie und Regierung stattgefunden haben, mit der Junischlacht in Paris kommt den Klassen ihr tiefer, nicht mehr zu überbrückender Gegensatz zuerst klar zum Bewußtsein. Mit der Junischlacht geht auf einmal ein scharfer Riß durch die Gesellschaft, und zwei Welten stehen einander in einer natürlichen, eingeschworenen Feindschaft gegenüber, die nur mit der Vernichtung der einen aufhören kann. Daher bildet die Junischlacht gewissermaßen den Anfang des modernen proletarischen Klassenkampfes.

Sie entstand nicht aus irgend einer Theorie; im Gegenteil, sie warf die geltende Theorie, die nur von Harmonie und Brüderlichkeit der Klassen wußte, über den Haufen. Als die französischen Arbeiter mit dem Bürgertum zusammen die Februarrevolution gemacht hatten, erwarteten sie eine Regelung der Arbeit, die ihrem Elend ein Ende bereiten würde. Sie hatten von der wirklichen Natur des Kapitalismus, für den ihr Elend eine Vorbedingung ist, keine Ahnung. Ebensowenig hatte dies die Bourgeoisie, aber sie empfand instinktiv, daß mit ihrer Herrschaft, ihrer Ausbeutung, der Wunsch der Proletarier unvereinbar war, und sie wies ihn höhnisch zurück, indem sie die Arbeiter der Nationalwerkstätten aufs Pflaster warf. Den Arbeitern blieb zur Verteidigung ihrer Lebensinteressen nichts übrig, als zu den Waffen zu greifen, doch nach viertägigem heroischem Kampfe wurden sie in der grausamsten Weise zerschmettert. Aber auch die Sieger saßen wie von Entsetzen gelähmt da; sie verstanden kaum, was geschehen war; es erschien ihnen wie ein böser Traum. Zum ersten Male hatte die moderne Gesellschaft den wütenden Klassenhaß kennen gelernt, der von alterher Bürgerkriege so grausam gemacht hat.

Es ist ein Gemeinplatz, daß damals, vor sechzig Jahren, ein Sieg des Proletariats noch nicht möglich war — ist er heute erst kaum in den Kreis der Möglichkeit gerückt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse waren noch zu wenig vorgeschritten. Aber gerade weil dieser Satz ein Gemeinplatz ist, wird sie bisweilen falsch verstanden. Nicht, weil der ungenügende Entwicklungsgrad der Wirtschaft sich mit den Folgen eines proletarischen Sieges nicht vertragen würden, sondern einfach, weil die Menschen noch nicht reif waren, konnte das Proletariat nicht siegen. Was der richtige Sinn solcher Sätze ist, läßt sich erst aus der Verfolgung der Einzelheiten, namentlich an den lebenswarmen Darstellungen der Augenzeugen erfassen.

Damals war die Unmöglichkeit eines proletarischen Sieges noch nicht im voraus klar. Was uns, Zeitgenossen einer so viel gewaltigen Entwicklung, als selbstverständlich erscheint, mußte damals noch erprobt werden. Und im voraus betrachtet, sah die Sache für die Bourgeoisie gar nicht so rosig aus. Schon das Bewußtsein, daß die großen Pariser Volkserhebungen immer gelungen waren, mußte bedenklich stimmen. Die aufständischen Arbeiter waren militärisch meist gut geübt und erfahren; dagegen war die ihnen gegenüberstehende Armee durch die Erinnerung des Februaraufstandes zaghaft, und die Soldaten waren sich während des Kämpfens nicht darüber klar, ob sie deswegen nachher gelobt oder getadelt werden sollten. Die hauptsächlichste Streitkraft bildeten die ungeübten aus Proletarierkinder bestehenden Mobilgarden, deren Gesinnung zweifelhaft war. Die Führer der Ordnungsparteien trauten einander nicht und wurden von keinem getraut, da jeder von ihrer Unfähigkeit überzeugt war. So malte Graf de Tocqueville, ein reaktionäres Mitglied der Nationalversammlung, später Minister Napoleons, dessen Erinnerungen treffliche Einblicke in die Geistesverfassung der damaligen Ordnungsparteien gestatten, ihre Lage aus.

Und zuerst schien es wirklich, als ob die Arbeiter siegen würden; sie gewannen immer mehr Feld. Blaß, aber fest entschlossen, dem Aufruhr die Stirn zu bieten, horchten die Vertreter der Bourgeoisie auf den sich nähernden Donner der Kanonen. Der Vorschlag, den der Feigling Thiers den Parteihäuptern machte, zu fliehen und von außen her die Stadt Paris zu bekriegen, — 1871 hatte der Held diese Idee ausgeführt — wurde zurückgewiesen. Das Bewußtsein, daß es sich hier um ihre ganze Herrschaft, um die bürgerliche Ordnung handelte, gab ihnen den Mut der Verzweiflung.

Und deshalb mußten die Proletarier es verlieren. „Wir wären untergegangen, wenn wir dem Untergange nicht so nahe gewesen wären," sagte derselbe Tocqville. Hätte der Sieg der Arbeiter nicht die ganze bürgerliche Welt bedroht, so wäre ein Teil dieser Welt gleichgültig geblieben, hätte der Parteihader st gespalten und hätten Konzessionen machen müssen. Aber jetzt war das unmöglich. Alle bürgerlichen Klassen fühlten, daß es um ihr Dasein, um die Grundlage ihres Lebens, um die bürgerliche Ordnung ging. Die Kleinbürger der Nationalgarde kämpften mit verzweifeltem Mut, weil sie glaubten, die Kommunisten wollten ihnen ihr Eigentum nehmen. Die Bourgeoisie sorgte durch Einsetzung der Militärdiktatur Cavaignacs für eine einheitliche Führung. Von allen Seiten, aus allen Teilen Frankreichs eilten Tausende von Männern der Pariser Bourgeoisie zu Hilfe; sie gehörten zu allen Klassen der Gesellschaft: Bauern, Bürger, Großgrundbesitzer, Edelleute. „Von da an war es klar, daß wir am Ende siegen mußten; die Aufständischen bekamen keinen frischen Zuschuß und wir hatten ganz Frankreich als Reserve."

Hier tritt klar zutage, worin die Rückständigkeit der ökonomischen Entwicklung bestand, die den Arbeitern die Niederlage bereitete. Sie waren selbst noch zu schwach, zu wenig zahlreich, zu wenig organisiert und erfahren; aber vor allem, sie standen einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung gegenüber, die Interesse an der bürgerlichen Gesellschaft hatte. Ihnen gegenüber stand ein zahlreiches Kleinbürgertum, das noch Glauben in seiner Zukunft hatte, ein ganzes Frankreich von Grundbesitzern und Bauern, und schließlich ihre eigene Jugend, die durch kleine Schmeicheleien betört, ohne bürgerliche aber auch ohne proletarische Empfindung, aus bloßer Lust zum Fechten zum Söldnerheer der Bourgeoisie wurde. Eine Welt, wo bürgerliche Anschauungen allgemein herrschten, wo proletarisches Empfinden noch kaum bestand, eine solche Welt war für einen proletarischen Sieg noch nicht reif.

Die Bourgeoisie hatte gesiegt; aber ihr Sieg enthielt den Keim ihrer künftigen Niederlage. Wie jeder große Kampf nachher brachte auch die Junischlacht den Arbeitern einen klares Klassenbewußtsein; sie öffnete dem Proletariat die Augen und ergänzte in praktischer Weise die Lehren des eben entstandenen wissenschaftlichen Sozialismus. So hat sie die ersten Anfänge der Bedingungen geschaffen, die zu unserem Siege nötig sind; daher gedenkt das Proletariat der Pariser Junikämpfer des Jahres 1848 als ihrer ersten Vorgänger auf dem Wege der proletarischen Revolution.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 22. Juni 1908.

Wahlen und Wahlreform.

Die Presse der verschiedenen Parteien fährt fort, die Bedeutung der preußischen Landtagswahlen für die Zukunft des preußischen Wahlrechts zu erörtern. Während aber die konservativen Zeitungen an jedem Tage versichern, am Dreiklassenwahlrecht brauche und dürfe nichts geändert werden, da es ja jetzt auch der Sozialdemokratie eine Vertretung im Landtag ermöglicht habe, vermißt man in der freisinnigen Presse die mit gleicher Entschiedenheit abgegebene Erklärung, daß der Kampf um das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht nun etwa mit größerem Nachdruck als bisher weiter fortgeführt werden sollte. Herr Naumann, der einzige freisinnige Blockführer, dem es um das preußische Wahlrecht ernst ist — soweit bei diesem spielerisch veranlagten Politiker von Ernst die Rede sein kann — ist nicht einmal als Kandidat zum Landtag aufgestellt worden; den andern aber ist zum großen Teile die Wahlrechtsfrage überhaupt nichts weiter als ein störender Faktor der Blockpolitik, der möglichst ausgeschaltet oder beiseite geschoben werden muß. Kenner der Stimmung im Freisinnslager prophezeien einen Umschwung; man hat die Zwingsburgstürmerei satt, man will von einer Wahlrechtsfrage nichts mehr hören und wird den paar übrig gebliebenen unverbesserlichen Idealisten raten, zu den Barthianern zu gehen.

Die nationalliberale Partei ist über die Schläge, die sie erlitten hat, überhaupt noch zu keinem klaren Bewußtsein ihrer politischen Situation gelangt, es ist also noch ganz ungewiß, ob und inwiefern ihre Haltung in der Wahlrechtsfrage auch ihre neuesten Erfahrungen beeinflußt werden wird. Erleichternd wirkt ein Klagelied, das die Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz anstimmt. Das bekannte Organ des Unternehmertums jammert, **„daß die deutsche Industrie wiederum eine sehr erhebliche Schwächung ihres ohnehin bei weitem nicht ausreichenden parlamentarischen Einflusses er-**

21] **Hurraschreier.** [Nachdr. verb.

Ein Zeitroman von B. E. Teranus.

Das Gespräch wandte sich jetzt einem andern Thema zu. Die Frau Baronin, die die Politik langweilte, fragte ihren Neffen: „Ist Dein Hochzeitstag schon festgesetzt, Bodo?"

„Der Tag noch nicht, Tante. In fünf bis sechs Wochen soll die Trauung sein. Vorgestern haben wir schon eine Wohnung gemietet — sechs Piecen am Kurfürstendamm."

„Da wird der Kommerzienrat aber tief in seinen Beutel greifen müssen," meinte der Kammerherr.

„In dieser Hinsicht kann ich nicht im geringsten klagen," erwiderte der Hauptmann leicht errötend. „Seine Generosität ist mir fast peinlich."

„Habt Ihr Euch schon für eine Wohnungseinrichtung entschieden?" fragte die Kammerherrin.

„Noch nicht, Tante. Morgen wollen wir alle zu Pfaff gehen und uns einiges ansehen."

„Zu Pfaff? Alle Achtung!" warf der junge Staatsanwalt ein.

„Ah, das interessiert mich," äußerte die Frau vom Hause. „Weißt Du, Bodo, wenn Ihr gewählt habt, führst Du mich einmal hin und zeigst mir Eure Einrichtung — ja?"

Der Hauptmann verneigte sich auf seinem Stuhl.

„Mit dem größten Vergnügen, liebe Tante" . . .

Als die Gäste zwei Stunden später aufbrachen, gab Thilo seinem Vetter noch ein Stück das Geleit, draußen schob er seinen Arm vertraulich unter den des Kameraden.

„Sage mal, Bodo, Dein Beispiel reizt mich. Ich möchte Dir's nachmachen," fing er mit seinem halb gutmütigen, halb frivolen Lächeln an.

„Was für'n Beispiel?"

„Erzähltest Du nicht, daß in der Familie Deines Schwiegerpapas noch eine jüngere Tochter vorhanden ist."

„Allerdings."

„Möchtest Du mich nicht einführen?"

„Herzlich gern! Aber ich glaube, Du, da ist alle Liebesmüh' verloren."

„Schon verzagt?"

„Verzagt? Nein! Im Gegenteil! Die Eltern protegieren die Sache offenbar nicht. Es handelt sich nämlich um einen Cousin — einen Rechtsanwalt."

Thilo von Falkenberg zeigte eine sorglose Miene.

„Pah! Weiter nichts? 'n bißchen verplempert — Jugendliebe und noch dazu 'n lumpiger Rechtsanwalt!" Der Leutnant reckte sich selbstbewußt. „So was zählt doch nicht mit, wenn unsereiner in Aktion tritt . . . Wieviel sagtest Du doch, hat Dir der Kommerzienrat als Mitgift in Aussicht gestellt?"

„Zweihundertfünfzigtausend."

Der Leutnant drückte mit lebhafter impulsiver Gebärde den Arm seines Vetters.

„Donnerwetter! . . . Du, die Sache ist schon gemacht! Werde also unter Deinem gütigen Beistand bei Kommerzienrats antreten . . . Sagen wir Mittwoch. Ist Dir's recht?"

„Gut! Also Mittwoch!"

VI.

In der Familie des Kommerzienrats herrschte nach wie vor eitel Sonnenschein. Die gute Laune war bei allen an der Tagesordnung. Die Glücklichste aber war von allen die Frau des Hauses, die inzwischen in einer Kaffeegesellschaft einen großen Triumph davongetragen hatte. Sie war — mit stiller süßester Befriedigung hatte sie es wahrdenommen — von Anfang an bis zum Schluß der Gegenstand des lebhaftesten Interesses und des — glühendsten Neides gewesen. Alle Damen hatten sie schon mit Spannung erwartet, denn alle hatten natürlich die ausführliche Schilderung des kaiserlichen Besuches im Residenz-Anzeiger gelesen. Die Kommerzienrätin war mit schlauer Berechnung als letzte erschienen und nun hatte sie die große Genugtuung, bei ihrem Eintreten wahrzunehmen, wie sofort die Unterhaltung abbrach, wie sich aller Augen auf sie richteten und wie die Gastgeberin ihr mit verbindlichster Höflichkeit entgegeneilte und sie mit einer außergewöhnlichen Liebenswürdigkeit, ja mit einer geradezu enthusiastischen Herzlichkeit begrüßte.

Als sie sich gesetzt hatte, stürmten von allen Seiten die freundlichsten Beglückwünschungen auf sie ein, denen sich aufgeregte Fragen anschlossen. Jede der Damen hatte etwas zu fragen, und obgleich Dietrich Lederhose mit dem ihm eigenen dreisten Schwulst in einem überschwänglichen, erdrizten, sich patriotisch förmlich überschlagenden und in Superlativen schwelgenden Stil alles eingehend beschrieben hatte, wollte dennoch jede Dame sich von der Kommerzienrätin wiederholen lassen, ob seine Majestät wirklich im Vorgarten gestanden, ob er ihr wirklich die Hand gedrückt und ob er die rührenden Leutseligkeiten, die im Residenz-Anzeiger gestanden, auch wirklich geäußert hatte. Und als nun die Gefragte alles bestätigte und wieder und wieder eingehend die unvergeßlichen Vorgänge, sich mehr und mehr berauschend, dramatisch lebhaft, mit beredten Gesten und verzückten Mienen berichtete, da kannte die Begeisterung, der Enthusiasmus keine Grenzen, da wurden Kaffee und Kuchen und Schlagsahne vergessen, da herrschte eitel Rührung, Wonne und Ergriffenheit. Ein paar besonders weichherzige, empfängliche Damen wischten sich die Augen und waren ganz außer sich vor Entzücken. Zum Schluß machten sich die Gefühle des Neides und der Bewunderung in stürmischen Aeußerungen Luft.

„Ach liebste, beste Frau Kommerzienrätin, wie glücklich müssen Sie sein!"

„Wie ich Sie beneide, teuerste Freundin!"

„Wie stolz Sie sein können, gnädige Frau!"

Als die Kommerzienrätin zuletzt noch mitteilte, daß sie den Handschuh, auf dem die Finger seiner Majestät geruht, habe einrahmen lassen mit der Inschrift: „Zur Erinnerung an den unvergeßlichen zwanzigsten September 190 . ." und in ihrem Boudoir aufgehängt habe, da fanden das alle „reizend", „allerliebst", „einzig" und jede bat um Erlaubnis, die Kommerzienrätin in den nächsten Tagen besuchen und das Kleinod besichtigen zu dürfen.

Natürlich kam während dieser Gesellschaft kein anderes Gesprächsthema mehr auf. Der Rest wurde mit Erinnerungen ausgefüllt, die eine nach der anderen zum Besten gab. Fast alle Damen hatten schon das Glück gehabt, seine Majestät von Angesicht zu Angesicht zu schauen: die eine auf der Straße, nach stundenlangem Warten Unter den Linden, während der kaiserliche Wagen im schnellsten Tempo vorüberfuhr, die andere im Theater, die Dritte auf einem der ersten Subskriptionsbälle, die der Kaiser noch besucht hatte. Alle hatten den Kaiser nur flüchtig, von der Ferne sehen können, aber jede hatte doch ihre besonderen Beobachtungen gemacht. Wie ernst seine Majestät ausgesehen! Ja, ja, man merkte es ihm an, wie schwer ihn die Bürde seines hohen Berufes drückte, wie sehr er sich das Wohl seiner Untertanen angelegen sein ließ. Eine andere erzählte, rot vor Eifer und Genugtuung, daß seine Majestät sie in gnädigster und huldvollster Weise gegrüßt habe. Jawohl, der Gruß habe ihr, ihr ganz allein gegolten, denn an der Stelle, wo sie gestanden, habe sich zufällig niemand weiter befunden. Eine Dritte fand, daß der Kaiser eine unverkennbare Aehnlichkeit mit seiner erlauchten Mutter, der hochseligen Kaiserin Friedrich besitze —: dieselben strahlenden blauen Augen mit dem königlichen Blick, dieselbe grade, stolze Nase, dieselbe imponierende majestätische Würde und Erhabenheit in der Erscheinung und im Auftreten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080623-12/fragment/page=0001

fahren hat." Sonst, im Reiche, pflegen die Herren Scharfmacher dem Reichstagswahlrecht die Schuld daran zu geben, daß sie zu einer ausreichenden parlamentarischen Vertretung angeblich nicht gelangen können. Jetzt zeigt sich, daß es ihnen unter dem ungleichen, indirekten, öffentlichen Wahlrecht nicht anders geht als unter dem gleichen, direkten, geheimen — die Eselsbrücke, über die unsere Unternehmer in einer ihnen selbst ausreichend erscheinenden Zahl in die gesetzgebenden Körperschaften gelangen können, muß also noch erfunden werden. Es ist ein hübsches Beispiel geschichtlicher Vergeltung, daß zu den Industriekapitalisten, die sogar schon unter dem Dreiklassenwahlrecht unmöglich geworden sind, gerade jener Herr Menck gehört, der am lautesten gegen das „industrie- und unternehmerfeindliche" Reichstagswahlrecht hetzte. Jetzt ist er durchgefallen — bei den Dreiklassenwahlen zu Altona! Und so wie ihm geht es den Hische, Horn, Junghann, Voltz, Hirsch, Schmieding, Francken, Westermann. Hätten die Herren von Schalck und Schlot etwas politischen Verstand, so würden sie auf alle Wahlprivilegien für das preußische Abgeordnetenhaus verzichten und dafür den Zugang zum Herrenhaus desto schärfer forcieren. Gleiches Wahlrecht zur zweiten Kammer, Vertretung von Industrie und Handel in der ersten — damit wäre gerade in nationalliberalem Sinne ein „Ausgleich der Interessen" geschaffen, der zum mindesten doch der Stellung Preußens als Industriestaat besser entsprechen würde als der gegenwärtige Zustand, wo der Bund der Landwirte so gut wie im Herrenhause, im Abgeordnetenhause und in allen Ministerien dominiert.

Der berühmte Satz des seligen Polizeiministers v. Hammerstein, daß kein Wahlgesetz „so genau und richtig den Ausdruck der öffentlichen Meinung wiedergibt, wie das Dreiklassenwahlrecht in Preußen", verdient ganz besonders der Geschichte der Landtagswahl von Berlin XII als Motto vorangestellt zu werden. Hier war nach Abschluß der Wahlmännerwahl höchstens durch Abzählen der Knöpfe zu ermitteln, ob sich die „öffentliche Meinung" konservativ-antisemitisch, nationalliberal-scharfmacherisch, freisinnig-liberaltheologisch oder sozialdemokratisch-freireligiös ausgedrückt habe. Am 16. Juni schien es dann klar, daß weder für den Sozialdemokraten, noch für den Konservativen, noch für den Nationalliberalen eine Wahlmännermehrheit zu haben sei; der Sieg des freisinnigen Predigers Runze schien gewiß. Indes hatte die Behörde aus unbekannten Gründen die Bosheit, den zweiten Wahlgang auf den 23. Juni hinauszuschieben, auf einen Zeitpunkt also, zu dem „kein anständiger Mensch" mehr in Berlin ist. Herr Runze, der seines Mandats schon sicher zu sein glaubte, sieht jetzt einen seiner Wahlmänner nach dem andern mit aufgeschnalltem Koffer nach dem Anhalter oder dem Stettiner Bahnhof fahren. Je höher die Quecksilbersäule des Thermometers steigt, desto tiefer fällt das Barometer des bürgerlichen Liberalismus, desto höher steigen die Aussichten der Sozialdemokratie. Das Dreiklassensystem macht sogar den Sieg zur Posse.

Wo von Reformen die Rede ist, da stellen sich auch die Erfinder ein. Im Scherlschen Tag meldet der freikonservative Abg. Landrat v. Dewitz ein Patent auf die allein richtige Lösung der Wahlrechtsfrage an, die darin besteht, daß die Gemeinden und Urwahlbezirke nicht mehr nach dem Steueraufkommen gedrittelt sondern geviertelt werden sollen. Also statt drei vier Klassen, deren jede die gleiche Zahl von Wahlmännern zu wählen hat. Herr v. Dewitz verspricht sich von dieser Vierteilung des Wahlrechts und der Logik „eine Abwendung von der alles nivellierenden Sozialdemokratie". Wieso ist nicht ganz klar, aber auch gleichgültig, denn der Wert solcher Kundgebungen liegt allein darin, daß sie die Unhaltbarkeit des jetzt noch bestenden Wahlrechts anerkennen und dadurch der wirklichen Reform dienen, die sie selber gar nicht wollen.

Das Dreiklassenwahlrecht unhaltbar, die Wahlrechtsbewegung trotz aller ungeheuren Schwierigkeiten auf dem Marsche, das ist der Stand der preußischen Wahlrechtsfrage auch nach den Wahlen!

Wie Herr von Kröcher gewählt wurde.

Man schreibt uns aus der Altmark:

Es dürfte Sie interessieren, wie die Wahl des langjährigen Präsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses, Herrn von Kröcher, und die des Herrn v. Davier in dem Wahlkreis Gardelegen-Salzwedel zustande gekommen ist. Ich fragte am 3. Juni, dem Wahltage, mehrere bekannte Bauern, ob sie denn nicht zur Wahl gingen. Darauf wurde mir die verblüffende Antwort: „Ach, da gehn wir nicht hin, da schicken wir immer den Schulzen, der wählt für die ganze Gemeinde." Auf meine erstaunte Frage: „Ja, aber es sind doch drei Klassen?" wurde mir die Auskunft erteilt, es wählen immer drei Dörfer zusammen, da gehen dann die drei Ortsschulzen nach dem Wahlort, setzen ein Protokoll auf, daß jeder von ihnen eine Klasse als Wahlmann vertritt. Diese drei sich einstimmig wählenden Dorfpaschas gehen dann am Wahltage nach Salzwedel und wählen die eingangs genannten hochedlen „Volksvertreter".

Ich hatte erst angenommen, das geschähe bloß hier, in der Nähe von Vinzelberg, dem Stammsitz derer von Kröcher, es wurde mir aber versichert, daß auf diese Art in der weiteren Umgebung die Wahlmänner gewählt würden. Auch konnte ich mich in der Tat Pfingsten davon überzeugen, daß diese Art zu wählen noch nicht mal die schlimmste war. Ich fuhr am ersten Feiertag nach meinem Geburtsort, welcher an der Braunschweiger Grenze liegt, in der Nähe der Wolfsburg, dem Stammschloß der Grafen von der Schulenburg, während die eingangs erwähnten Orte an den Stendaler Kreis grenzen, also gerade entgegengesetzt von Gardelegen liegen. Begreiflicherweise war ich gespannt, auf welche Art denn hier gewählt worden war. Ich fragte auch hier mehrere Großbauern, frühere Schulkollegen von mir. „Na, wie ist denn die Wahl hier abgelaufen?" „Wat denn vorne Wahl? Wei wetten von nischt, unsch hat der Graf keine Stimmzettel schickt, da kommer doch ook nich wählen!" Da bin ich dann vor Lachen bald umgefallen; ich habe dann meinen lieben Schulfreunden sarkastisch erwidert: „Na, hört mal, von den Städtern wird öfter gesagt: „Die dummen Bauern", bei Euch trifft es tatsächlich zu, Ihr waret ja früher schon nicht sehr helle, aber jetzt seit Ihr ja noch dümmer wie es die Polizei erlaubt!" Am zweiten Feiertag habe ich mich dann den Ortsschulzen aufgesucht, auch einen Schulkollegen von mir, ich habe mit ihm über die Geistesbeschaffenheit seiner Dorfgenossen gesprochen. „Ja," sagte der, „denen ist am wohlsten, wenn sie keiner stört. Da habe ich gar nicht erst was gesagt und bin allein hingegangen zur Wahl." Es scheint demnach, als wenn am Wahltage, den 16. Juni, eine große öffentliche Schulzenversammlung in Salzwedel getagt hat. Das wird aber den preußischen „Volksvertreter", Herrn von Kröcher, gewiß nicht abhalten, wieder den Präsidentenstuhl einzunehmen.

Preußische Musterwirtschaft und bayerische Bundespflichten.

Eine Geschichte, die sie selber als „kaum glaublich" bezeichnet, erzählt die Deutsche Tageszeitung. In Ostpreußen war vor einigen Monaten eine tückische Viehseuche, der Rauschbrand, ausgebrochen, und um weiteren Schäden vorzubeugen, sollte das Vieh geimpft werden. Dabei stellte sich heraus, daß der erforderliche Impfstoff in ganz Preußen überhaupt nicht, sondern nur an der tierärztlichen Hochschule in München erzeugt wird. Man wandte sich also telegraphisch dahin, erhielt aber umgehend die Antwort, daß die in München hergestellten Impfstoffe nur für Bayern geliefert würden. Nach vergeblichen Bemühungen bei dem veterinärpathologischen Institut in Bern und dem Serum-institut in Rotterdam, entschloß man sich endlich, in Frankfurt a. M. einen in Frankreich hergestellten Impfstoff zu kaufen, mit dem dann schließlich auch die Impfung der gefährdeten Viehbestände vorgenommen wurde.

Statt nun den Skandal gebührend zu geißeln, daß der von Agrariern beherrschte preußische Musterstaat in Bayern, Holland und der Schweiz haufieren gehen muß, um einen notwendigen Impfstoff aufzutreiben, wendet sich das Berliner Bündlerblatt mit komisch wirkendem Pathos gegen das partikularistische Bayern:

> Man sollte es nicht für möglich halten, daß 37 Jahre nach der Gründung des Deutschen Reiches, um dessen Errichtung Bayern und Preußen gemeinsam gekämpft und geblutet haben, eine bayerische Staatsbehörde, die tierärztliche Hochschule in München, die von ihr hergestellten Mittel zur Bekämpfung der heimtückischen Rauschbrandseuche einer preußischen Behörde verweigert. Dieser Vorgang ist für unser nationales Empfinden nicht erhebend. Wir können nur annehmen, daß die bayerische Ablehnung von einer unmaßgeblichen Stelle aus erfolgt ist und erachten es daher als eine besondere Pflicht der preußischen Staatsregierung, sich mit der bayerischen Regierung alsbald ins Einvernehmen zu setzen, damit derartige Fälle in Zukunft vermieden werden.

Je mehr sich ein wahrhaft preußischer Mann blamiert, eine desto größere Schnauze hat er. Diese Regel scheint nicht bloß für den Verkehr mit dem Auslande zu gelten, sondern auch für das Verhältnis der Bundesstaaten zu einander.

Als vor einigen Jahren Aerzte der Königsberger Universitätsklinik Diphtherieserum zur Behandlung kranker Kinder außerhalb der Klinik abgaben, erging von einem hohen Ministerium in Berlin ein schleuniger Einhaltsbefehl, da es nicht angehe, kostbares preußisches Staatsgut zu Zwecken privater Lebensrettung zu verschleudern. Damals handelte es sich um eine preußische Staatsanstalt und um preußische Menschenkinder. Heute beschwört man die Toten von 1870 und klagt über gebrochene Treue, weil das bayerische Bruderherz nicht warm genug für ostpreußisches Rindvieh schlägt!

Die Haftung des Reiches für seine Beamten. Eine Vorlage über die Haftung des Reiches für die Versehen seiner Beamten beschäftigt zurzeit den Bundesrat. Die entsprechende preußische Vorlage ist durch den Schluß der Session unerledigt geblieben, wird aber wieder eingebracht werden.

Eine Nachwahl zum preußischen Landtage ist schon jetzt, wenige Tage nach den Abgeordnetenwahlen notwendig geworden. Der konservative Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Schweidnitz-Striegau, Rittergutsbesitzer Hirt, ist gestorben. — Da die Wahlmänner dieselben bleiben, so ist ein konservativer Nachfolger schon aus diesem Grunde sicher.

Die Wahlreform in Hessen. Die Zweite hessische Kammer beriet am Sonnabend in ihrer letzten Sitzung vor Schluß der Session über den Antrag der Freisinnigen und Sozialdemokraten, die Regierung zu ersuchen, sofort bei Beginn des nächsten Landtages den Landständen eine Gesetzesvorlage zugehen zu lassen, welche die Einführung des gleichen, allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts, unter voller Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der Zweiten Kammer vorsieht. Staatsminister Ewald erklärte, daß im Hinblick auf die bezüglich des Wahlrechts gepflogenen Verhandlungen es unbedingt notwendig sei, eine einigende Grundlage zu schaffen (zwischen zweiter und erster Kammer, an deren Widerstand die Reform bisher scheiterte. D. Red.), ohne welche ein neues Gesetz nicht eingebracht werden könnte. Es fand eine lebhafte Debatte statt, dagegen keine Abstimmung über diesen Antrag.

Von dem badischen Volksschulelend sprach auf dem Dortmunder Lehrertage der Mannheimer Hauptlehrer Röbel, da grundsätzlich noch die Halbtagsschule bestehe und jeder Lehrer zwei Klassen zu unterrichten habe. „Baden müßte eigentlich ganz nahe an das Land grenzen, das einen Ochsenkopf im Wappen trägt!" Am Freitag hat nun der Unterrichtsminister v. Dusch in der Ersten Kammer angekündigt, daß gegen Röbel vorgegangen wird, sobald die Verhandlungen von Dortmund im Wortlaute vorliegen. Zum Volksschulelend noch die Maßregelung seiner Kritiker, das würde dem Musterländle schwerlich Ruhm bringen.

Die 4. Wagenklasse für Baden verlangen jetzt recht ungestüm die Mitglieder der Ersten Kammer. Bekanntlich hat Baden eine Klasse 3b, in welcher man für 2 Pfg. pro Kilometer fährt. Die Bevölkerung ist seit der Einführung der Tarifreform und Abschaffung des badischen Kilometerheftes in die Klasse 3b abgewandert und die Eisenbahnverwaltung stellte eine erhebliche Unterbilanz fest. Dem will man abhelfen durch Einführung der preußischen Viehwagen-Klasse — wie sich der Badenser ausdrückt — und „abschreckend" wirken. Die badischen Herrenhäuser mit freier Fahrt in der 1. Klasse sind die Berufenen, um auf dem Verkehrsgebiete den Eisenbahn-Passagieren Vorschriften zu machen.

Die Auflösung der Berliner Freien Studentenschaft ist vom Universitätsrektor verfügt worden. Das Auditorium, das für bisher zur Verfügung stand, wird gesperrt, ihre Anschläge an schwarzen Brett werden nicht mehr zugelassen. Dieser Akt wird mit dem Umstande begründet, daß sich die Freie Studentenschaft geweigert habe, sich als Verein im Sinne der §§ 38—44 der Vorschriften für die Studierenden zu organisieren. Für die Studenten gilt nämlich das Vereinsgesetz nicht, sie haben ihre eigene Polizeiverordnung, die aus dem Jahre 1847 stammt und die jährlich zweimal wiederholte Einreichung der Mitgliederlisten beim Rektor vorschreibt!

Die Frei Studentenschaft, deren Mitglieder weder saufen noch rauchen, dafür aber ein verdächtiges Interesse für sozial- und staatswissenschaftliche Disziplinen an den Tag legen, war den Herren der voraussetzungslosen Wissenschaft schon längst ein Dorn im Auge. Man hat sie nach preußischen Noten schikaniert, hat ihre Vorträge verboten und ihr die Zeitschriften vorgezählt, die sie auslegen durfte. In Preußen kann jeder 14jährige Lehrling mit Recht auf den Studenten herabsehen, der trotz Band und Kappe und alten Privilegien bloß ein Knecht ist, und sich wie ein dummer Junge bevormunden lassen muß in einem Alter, in dem Arbeiter oft schon angesehene Vertrauensleute ihrer Kameraden sind. Der Fall der Freien Studentenschaft müßte alle Studenten zum Kampf um ihre politische Freiheit aufrütteln, wenn die jungen Herren in ihrer Mehrzahl überhaupt einen Begriff von politischer Freiheit hätten. Aber sie sind Kinder der deutschen Bourgeoisie, bequeme Söhne kraftloser Väter.

Viehseuchen trotz der Grenzsperre. Infolge des Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche verbot der Düsseldorfer Regierungspräsident bis auf weiteres die Abhaltung der großen Viehmärkte in Neuß und Dinslaken.

Ein Sektgelage auf dem Kirchturm. Aus Zittau wird gemeldet: Ein Vorkommnis unliebsamster Art, dessen Mittelpunkt drei Offiziere des Zittauer Infanterie-Regiments bilden, erregt hier das peinlichste Aufsehen. Am Mittwoch abend hatten Hauptmann Mucke und die Leutnants Gebler und Bär dem Hilbrigschen Weinrestaurant einen längeren Besuch abgestattet. In augenscheinlich sehr animierter Stimmung bestiegen die drei Offiziere den Aufsichtsturm der Zittauer Johanneskirche. Sie nahmen eine Flasche Sekt mit auf den Turm und ließen sich eine zweite durch den Kellner nachbringen. Einer der Offiziere entledigte sich oben seines Rockes und versuchte anscheinend, über das Sicherheitsgeländer des Turmes zu klettern, während seine Kameraden dieses Wagnis zu verhindern suchten. Unten am Fuße des Turmes entstand alsbald ein gewaltiger Menschenauflauf. Man sah dem Tun der Offiziere anfangs mit neugierigen Blicken zu, doch verschärfte sich die Situation, als plötzlich der genannte Hauptmann eine entkorkte leere Sektflasche aus der Höhe auf die Straße warf. Bald folgte der Flasche ein Sektglas, und Flasche und Glas zertrümmerten in tausend Stücke. Glücklicherweise wurde von den Scherben niemand getroffen, aber nun bemächtigte sich des nach Tausenden zählenden Publikums eine große Entrüstung. Immer mehr Menschen sammelten sich vor der Kirche an. Man rief nach der Polizei und schließlich begab sich ein Polizeibeamter auf den Turm. Er verwarnte die Offiziere und kam dann zurück. Trotz eines schweren Gewitters harrte das Publikum unten auf der Straße aus; mehrere Schutzleute machten vergebens den Versuch, die Straße zu säubern. Man wollte eben die Offiziere veranlassen, den Turm der Kirche zu verlassen, um sie unten zur Rechenschaft zu ziehen. Die Turmbesteiger aber mochten aus der immer drohender werdenden Haltung des Publikums den Ernst der Situation erkannt haben. Sie blieben einfach oben und erst nach vierstündiger Belagerung verließen sie ihren Standort. Gegen 10 Uhr abends langten sie wieder unten an und wurden nun mit lautem Johlen und Schreien vom aufgeregten Publikum empfangen. Die Militärbehörde hat sofort eine strenge Untersuchung des Vorfalles angeordnet.

Zur Stettiner Päderasten-Affäre wird gemeldet: Die Untersuchung in der Stettiner Skandalaffäre, die, wie gemeldet, zur Entdeckung zahlreicher Verfehlungen gegen § 175 in höheren Beamtenkreisen geführt hat, geht nur langsam vorwärts, da das zu prüfende Belastungsmaterial einen großen Umfang besitzt. Infolge der Verhaftung des Landrats Goede hat ein Hauptmann a. D., der im Vorort Finkenwalde wohnt, dieser Tage ein Sanatorium aufgesucht. In der weiteren Untersuchung sollen ein Sanatorium und die Vorgänge in dem damit verbundenen Lichtluftbad eine nicht unwesentliche Rolle spielen, ebenso zwei Häuser im Westen Stettins. Insgesamt sind 54 Personen verdächtig. Die Militärbehörde geht gegen die Homosexuellen streng vor. Vor einigen Monaten wurde der Hauptmann der dritten Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 42 v. Perwo in Stralsund wegen Vergehens gegen § 175 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, eine Strafe, die der Verurteilte jetzt in dem Gefängnis zu Putbus auf Rügen verbüßt.

Ausland.

Oestreich. Die Studenten der Prager Universität haben beschlossen, den Streik einzustellen.

England. Eine Niederlage der Liberalen. Bei der am Sonnabend stattgefundenen Ersatzwahl in Puldney in der Grafschaft Yorkshire ist der unionistische Kandidat mit 118 Stimmen Mehrheit gegen seinen liberalen Konkurrenten gewählt worden. Dieses Resultat erregt großes Aufsehen, da bei der letzten Wahl die liberale Mehrheit 3502 Stimmen betrug.

Frankreich. Die Marokkodebatte in der Deputiertenkammer am Freitag und Sonnabend hat zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Jaurès und dem Minister des Aeußeren, Pichon, geführt. Jaurès warnte vor einem Unterschreiben der Algeciras-Abmachungen und vor einem allzu großen Eintreten für den Sultan Abdul-Asis. Pichon warf dann in seiner Antwort Jaurès vor, er spreche im Namen Deutschlands. Diese Redewendung rief auf den Bänken der Linken einen stürmischen Protest hervor. Die Regierung bekam schließlich wieder ein Vertrauensvotum, vor allem deshalb, weil sie erklärt hatte, daß sie sich in die gegenwärtigen marokkanischen Wirren nicht einmischen wolle.

Italien. Ueber die Situation in Parma wird dem B. T. aus Mailand gemeldet: In Parma hat am Sonnabend die Arbeitskammer, wie bereits gemeldet, nach einem Zusammenstoß mit ländlichen Arbeitswilligen und der Polizei den Generalstreik proklamiert. Obwohl die Regierung eine scharfe Preßzensur ausübte, kommen doch aus Parma Nachrichten, welche die Lage als sehr ernst erscheinen lassen. Als die Streikenden am Sonnabend die Schließung der Läden erzwingen wollten, griff das Militär ein. Hierauf begannen die Arbeiter vom Dache der Arbeitskammer das Militär mit einem Steinhagel zu traktieren. Die Infanterie schoß, um Blutvergießen zu vermeiden, in die Luft, entfernte die Ausständigen aus der Arbeitskammer und besetzte diese. Bei einem Zusammenstoß an einer andern Stelle der Stadt wurden zwei Soldaten durch Steinwürfe leicht verletzt. Die Polizei nahm im ganzen 72 Verhaftungen vor.

Zur Revolution in Rußland.

Neue Bluturteile in Warschau. Das Kriegsgericht verurteilte acht Teilnehmer an dem Attentat gegen den Polizeikommissar in Radom, darunter zwei Mädchen, die auch an dem im Jahre 1906 verübten Anschlag auf den Gouverneur Skalon beteiligt waren, zum Tode durch den Strang. Zwei Revolutionäre, die an dem Ueberfall auf die Kasse der Station Miedzyrzec der Weichselbahn beteiligt waren, wurden hingerichtet.

Ungehört ist der Appell an das Bürgertum Europas verhallt und dem Aufruf, den Schriftsteller wie Brandes und Politiker wie Jaurès erlassen haben, antwortet allein schauriges Todesröcheln. Neue Opfer sind gefallen und das bürgerliche Europa wird teilnahmslos bleiben. Aber die Morde des Zaren werden nicht ungesühnt bleiben; die russische Revolution wird nicht getötet und der Tag der Rechenschaftsablegung wird noch kommen

Soziales aus Rußland. Während der letzten zwei Monate wurden einige Regierungsvorlagen zur Arbeitergesetzgebung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit in einer Kommission geprüft, die aus Vertretern der Ressorts und der einflußreichsten Unternehmerorganisationen bestand. Die Reiberei, die einerseits zwischen den Vertretern der Regierung und den Unternehmern und andererseits zwischen den Vertretern der einzelnen Ressorts ausbrachen, führten schließlich dazu, daß die Kommissionsberatungen laut Befehl des Ministers plötzlich eingestellt wurden, ohne daß selbst die Prüfung des Projektes der obligatorischen Krankenversicherung zu Ende geführt wurde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080623-12/fragment/page=0002

Die Nachrichten, die über diese Beratungen in die Presse drangen, waren nichts weniger als geeignet, die gepriesene „Arbeiterfreundlichkeit" der Regierung und der Unternehmer in ein günstiges Licht zu setzen. Sie kompromittierten im Gegenteil beide Seiten derartig, daß die Einstellung der Beratungen vollkommen begreiflich erschien.

Die Vertreter der Regierung beschuldigten die Unternehmer des größten Eigennutzes und diese wiederum hielten mit Beschuldigung nicht zurück, daß die Regierung mit ihren Gesetzesprojekten ein demagogisches Spiel treibe. Die Geister platzten besonders heftig aneinander, als die Vertreter des Ministeriums des Innern verlangten, daß die geplanten Institutionen (Versicherungsämter, Krankenkassen usw.) unter die Leitung des Polizeidepartements gestellt würden.

Die heftigen Kämpfe innerhalb der Kommission fanden Widerhall in der offiziellen und offiziösen Presse. Das Organ des Finanzministeriums, die Handels- und Industrie-Zeitung, griff das Zentralorgan der Unternehmerorganisationen auf das heftigste an, und das Leibblatt Stolypins, Rossija, polemisierte gegen das Organ der Moskauer Kapitalmagnaten, Golos Moskwy. Die guten Freunde von gestern lagen sich plötzlich in den Haaren. Die Arbeiterfrage erwies sich als eine harte Nuß, die Zugeständnisse seitens der Regierung und der Unternehmer verlangte.

Dazu waren aber weder die einen noch die andern bereit. Der Vizedirektor des Polizeidepartements, Charlamow, schilderte die Gefahren, die die Selbstverwaltung der Krankenkassen mit sich bringen würden, mit den düstersten Farben, und die Rossija gab sich plötzlich Betrachtungen hin, ob eine weitgehende Sozialpolitik in einem Lande mit einer „unkultivierten Bevölkerung" überhaupt möglich sei. Die Unternehmer dagegen stöhnten in einem fort, daß die „liberalen" Maßnahmen der Regierung vollkommen unnütz seien, weil sich die Arbeiter ja ohnehin beruhigt hätten. Als es aber galt, die Regierungsvorlage zu Fall zu bringen und liberale Lorbeeren — die ohnehin nichts kosteten — zu erringen, traten sie den Anforderungen des Polizeidepartements energisch entgegen und verteidigten — die Autonomie der Krankenkassen.

Zur Charakteristik dieser plötzlichen Fürsprecher einer demokratischen Reform ist es von Interesse, hinzuzufügen, wie sich die Unternehmer vor den Kommissionsberatungen über die Selbstverwaltung der Krankenkassen äußerten. Vor einigen Monaten gab der Konseil der Kongresse der südrussischen Montanindustriellen die Broschüre des Arztes K. Wegner: „Ueber die Arbeiterversicherung in Deutschland" heraus, die von der Petersburger Fabrikantengesellschaft nochmals herausgegeben und in zahlreichen Exemplaren an die Mitglieder versandt wurde. In diesem Schriftchen, das im Stile des deutschen Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie geschrieben ist, leistet sich der Autor folgende liebliche Insinuation:

Es ist klar, daß, wenn auch nicht alle, so doch viele Krankenkassen (in Deutschland) neben der ökonomischen Rolle, zu der allein sie ihrem Wesen nach berufen sind, allmählich einen politischen Charakter angenommen haben. Es ist z. B. bekannt, welche Rolle die Krankenkassen bei der Erklärung irgendeines großen Streiks in einer großen Gruppe von Betrieben spielen: alle Streikenden, die einen Husten oder Schnupfen, einen kranken Zahn usw. als Vorwand aufweisen können, beeilen sich, ein Kassenbillett zu erlangen und finden in der Krankenkasse freundliche Aufnahme während der ganzen Dauer des Streiks.

Das Leibblatt Stolypins, das kürzlich von diesen Ausführungen Notiz nahm, beeilte sich, sich ihnen voll und ganz anzuschließen und hinzuzufügen, daß die Krankenkassen stets eine „Waffe des sozialistischen Kampfes" waren. Die gestörte Harmonie zwischen Regierung und Kapital ist also glücklich hergestellt. Die mit so großem Pomp eingeleitete „Aera der Sozialpolitik" wird sich ihrer Schöpfer würdig zeigen. —

Parteinachrichten.

—Zum Gedächtnis Mottelers wurde am 18. Juni, dem siebzigsten Geburtstage des Toten, auf dem Südfriedhofe in Leipzig ein schlichtes, von der Gattin gestiftetes Grabdenkmal enthüllt. Es besteht aus einem hohen und breiten, weißhinragenden Block aus Rochlitzer Porphyr, den vorn ein Medaillon mit Mottelers Kopf in Relief ziert; darunter liest man in einfachen Lettern:

Julius Motteler
1888—1907
In rastloser Arbeit
Verzehrte sein Leben
Der Kampf für die Arbeiterklasse.

Das Denkmal macht in seiner einfachen Geschlossenheit einen wirkungsvollen, nachhaltigen Eindruck. Zu der Enthüllung hatte sich um die Genossin Emilie Motteler ein Kreis alter Freunde aus Nah und Fern und Leipziger Genossen zahlreich versammelt. Für sie alle sprach zunächst Eduard Bernstein. An Bernsteins tief empfundene, aus persönlichen Erinnerungen und Erlebnissen vielfach unterstützte Gedenkrede, schlossen sich innige Worte des Dankes und treuen Erinnerns von Lipinski, Gelbstein und Richard Fischer. Noch einmal ergriff Bernstein das Wort, um im besonderen der treuen und gleichfühlenden tapferen Lebensgefährtin Mottelers Dank und Anerkennung für alles auszusprechn, was sie für den Toten und für die Partei geleistet hat. Damit hatte die einfache, eindrucksvolle Feier ihren Abschluß gefunden.

— Von der Parteipresse. In die Redaktion des Harburger Volksblattes ist Genosse Schubert vom Sächsischen Volksblatt in Zwickau eingetreten. — Genosse Freudenthal von der Märkischen Volksstimme hat am Donnerstag eine dreimonatliche Gefängnisstrafe angetreten. Die Strafe wurde ihm wegen einer Notiz zudiktiert, durch die ein Geistlicher sich beleidigt fühlte. — Aus der Redaktion der Breslauer Volkswacht ist Genosse Radloff ausgeschieden, um das Amt eines Arbeitersekretärs in Neumünster zu übernehmen.

Gewerkschaftliches.

Nachklänge vom Bauarbeiterkampf. Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Sitz Berlin, hat in seiner letzten Vorstandssitzung sich mit den noch bestehenden Differenzen über die Frage, an welchem Termin die vereinbarten höheren Lohnsätze in Kraft zu treten haben, beschäftigt. Diese Frage ist weder bei den Beratungen unter dem Kollegium der Unparteiischen noch bei den lokalen Verhandlungen in vielen Orten, worunter sich auch Groß-Berlin befindet, geregelt worden. Hierdurch sind in vielen Fällen Differenzen entstanden. Der Arbeitgeberbund hat daher eine Umfrage unter den Vorständen vorgenommen und als Ergebnis dieser in einem Rundschreiben an die Vorstände der dem Arbeitgeberbund angehörigen Verbände folgende Anweisung gegeben:

Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben einstimmig beschlossen, daß, falls nicht zwischen den vertragschließenden Parteien besondere Vereinbarungen hierüber getroffen sind, die vereinbarten höheren Lohnsätze von den Terminen an in Wirksamkeit treten sollen, zu welchen die örtlichen Organisationen die neuen Tarifverträge unterschrieben haben.

Im Schluß dieses Rundschreibens werden die Vorstände ersucht, dahin zu wirken, daß dieser Beschluß in allen in Frage kommenden Orten durchgeführt werde.

Kampf im Tabakgewerbe. Den Unternehmern ist jetzt in den Zeiten der Krise und des Arbeiterüberflusses der Kamm ganz gewellig geschwollen. Als die bei der Firma Hebenstreit in Pirna beschäftigten Tabakarbeiter dieser Zage Forderungen einreichten, um den Lohn auf die gleiche Höhe wie in den anderen Betrieben der Stadt zu bringen, da kamen sie schön an. Der Chef erklärte einfach, wenn die Arbeiter ihre Lohnforderungen nicht zurückziehen würden, dann würde er den Betrieb schließen. Er führte diese Drohung auch aus, als die organisierten Tabakarbeiter sich nicht einschüchtern ließen. Eine Verhandlung mit dem Organisationsvertreter lehnte der kleine Stumm rundweg ab mit den Worten: Er habe mit dem Vertrauensmann nichts zu tun; den gehe es einen Dreck an. Er habe es nur mit seinen Arbeitern selbst zu tun. Die Arbeiter haben nun beschlossen, nicht eher wieder in den Betrieb zurückzukehren, bis die Forderungen bewilligt sind.

Streikende Landarbeiterinnen in Preußen. Auch bei den Landarbeitern beginnt es mehr und mehr zu dämmern. Vor einigen Tagen legten in Parchwitz (Schlesien) einige Hofgärtnerfrauen vom Graf Strachwitzschen Gut gemeinsam die Arbeit nieder. Sie verlangten eine Lohnerhöhung von täglich 10 Pfg., da sie mit der bisherigen Entlohnung, 70 Pfg. den Tag, nicht auskommen konnten. Die Verwaltung mußte dieser Forderung um so mehr nachkommen, weil eine Anzahl anderer Frauen, die sogenannten Knechtsfrauen, bereits 80 Pfg. Lohn den Tag erhielten und die Ausständigen durchaus nicht gewillt waren, zu den alten Bedingungen noch weiterzuarbeiten. Und so wurde nach eintägigem Streik die Forderung bewilligt.

Ausland.

Schweden. 10 000 Bauarbeiter ausgesperrt. In Mittelschweden und einem Teil von Südschweden sind am Sonnabend etwa 10 000 Bauarbeiter wegen Lohnstreitigkeiten vom Arbeitgeberverbande ausgesperrt worden. Falls keine Einigung erzielt werden sollte, sind weitere Aussperrungen zu erwarten.

Aus den Gemeinden.

Zeitz. Sitzung der Stadtverordneten am 17. Juni. Anwesend sind 19 Stadtverordnete und 4 Magistratsmitglieder. Zur Bildung des Ausschusses für die Auswahl der Schöffen und Geschworenen für das Jahr 1909 werden die drei ausscheidenden Herren Gebler, Sauer und Fahr wiedergewählt. Ebenso wird für den 4. Bezirk als Schiedsmann-Stellvertreter Herr Kaufm. Köttnitz wiedergewählt. — Als Mitglieder für die Kommission zur Vorbereitung der neuen Grundsteuerordnung werden die Stadtv. Scheffler und Dahler gewählt. — Es folgen Entlastungen a) der Abrechnung über Herstellung des Kanals und Bürgersteigs in der Schießgrabenstraße von der Altenburger- bis zur Hospitalstraße, sowie Festsetzung der Anliegerbeiträge; b) der Abrechnung der Bauhofsverwaltung für 1. April 1907/08, sowie c) der Sichamtskassenrechnung für das Jahr 1907. — Die Legung eines elektrischen Kabels im Brühl und in der Steintorvorstadt, sowie die Legung eines Gasrohrstranges, und die Pflasterung der Auestraße wurde beschlossen und die Straßenbreite auf 13 Meter festgesetzt. Ebenso wird auch die Pflasterung der Schießgrabenstraße genehmigt. Für die Bebauung des von der Stadt angekauften Geländes zwischen Ronneburger- und Altenburgerstraße lag dem Kollegium ein Projekt vor, welches von der Mehrzahl Zustimmung fand. Eine Aenderung der Baufluchtlinie an der nördlichen Seite des Roßmarktes wurde ebenfalls beschlossen. — Der Anlegung von zwei weiteren Seitenstraßen auf der Südseite der Leipzigerstraße und Festsetzung der Baufluchtlinie wurde zugestimmt und die Straßenbreite auf 15 Meter festgesetzt. — Dem Ankauf mehrerer Straßenparzellen an der Geraerstraße wurde gleichfalls zugestimmt. — Eine lebhafte Debatte entspann sich bei dem Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung. (Die Mitglieder des Kollegiums, welche nicht in der betreffenden Kommission des behandelten Punktes saßen, wußten oft außer der Tagesordnung keine nähere Begründung. Die Sache wurde erst etwas klarer bei einer längeren Debatte; fand aber solche nicht statt, so wurde abgestimmt, und die betreffenden Stadtverordneten wußten oftmals nicht, ob sie mit ja oder nein stimmen sollten.) Unsere Genossen und zu gleicher Zeit Stadtv. Richter beantragten in einer der vorgehenden Sitzungen eine Aenderung. Diese lag den Stadtverordneten als Antrag Dr. Richter vor. Dr. Richter beantragte: I. Regelmäßig an jedem ersten Dienstag im Monat eine Sitzung, II. Die Tagesordnung ist mit ausführlicher Begründung fünf Tage vor der Sitzung den Mitgliedern zuzustellen und III. auch die Akten und ev. Zeichnungen sind im Kommissionszimmer auszulegen. Die Stadtv. Dr. Richter, Wolf und Dahler traten für diesen Antrag ein. Jedoch den meisten bürgerlichen Stadtvätern war er zu weitgehend. Deshalb wurde ein Zwischenantrag des Stadtv. Sauer angenommen, versuchsweise den Mitgliedern die Tagesordnung fünf Tage vor einer Sitzung zuzustellen, bei besonders wichtigen Punkten mit Begründung, auch sollen die Zeichnungen fünf Tage vorher ausliegen. — Der Entwurf zweier neuer Ortsstatute für die gewerbliche Fortbildungsschule und die kaufmännische Fortbildungsschule wurde angenommen, jedoch ohne den Abänderungsantrag Krödel, welcher besagte, daß bei besonders dringenden Fällen im Geschäft die Lehrlinge vom Schulbesuch zurückbehalten werden können. Stadtv. Wolf trat dem mit Recht entgegen, indem er betonte, wenn man den Arbeitgebern erst ein kleines Löchelchen in der Ordnung lasse, würde es bald ein großes Loch werden, wo dann jeder versuchen würde, durchzuschlüpfen. — Die Haftpflichtversicherung der Stadtgemeinde mit der Allgemeinen Versicherungsgesellschaft Stuttgart wurde genehmigt. Es lag der Antrag des Magistrats vor, die Verpflegungssätze für das Krankenhaus zu erhöhen und zwar zu folgenden Sätzen: 1. Klasse 7 Mk., 2. Kl. 4,50 Mk., 3. Kl. 1,80 Mk. für Einheimische, für Auswärtige 1. Kl. 9 Mk., 2. Kl. 6 Mk., 3. Kl. 2,60 Mk. Für die Mitglieder von Berufsgenossenschaften 3,30 Mk. Stadtv. Wolf erklärte sich mit einer Erhöhung einverstanden, wenn auch die Verpflegung der 3. Klasse eine bessere würde, und empfiehlt, den leitenden Arzt auf die ärztliche Behandlung zu beschränken und die wirtschaftliche Leitung einem Inspektor zu übertragen. Dann könne eine Besserung eintreten.

Dr. Dreyklust entgegnet, daß die Beköstigung gut wäre. Er könne auch nicht die Anstellung eines Inspektors wegen der dadurch entstehenden Unkosten empfehlen. Stadtv. Dr. Köttnitz bat, den Satz von 3 Mk. für die Berufsgenossenschaften nicht zu erhöhen, da uns dieselben dann fernbleiben würden. Auch das Kuratorium habe nach reiflicher Ueberlegung für den bestehenden Satz von 3 Mk. gestimmt. Jedoch ohne von den Ausführungen des Dr. Köttnitz Notiz zu nehmen, wurde abgestimmt; die Mehrzahl trat für den Magistrats-Antrag ein. Der Antrag des Kuratoriums wurde weder verlesen noch begründet. — Der Einführung eines Schreibmaschinen-Kursus in der kaufmännischen Fortbildungsschule wurde zugestimmt, jedoch die Neuanschaffung von Schreibmaschinen vertagt, da eine nähere Begründung fehlt. — Bewilligt wurden die Mehrausgaben für die gewerbliche und kaufmännische Fortbildungsschule. — Bewilligt wurde auch ein Zuschußbedarf für das Albin Rätherische Volksbad in Höhe von 16 505 Mk., und auf Antrag des Verschönerungsvereins ein Betrag von 300 Mk. — Wegen Beschlußunfähigkeit mußte die Weiterberatung und Beschlußfassung über die Teuerungszulagen für die mittleren und kleineren Beamten auf nächsten Dienstag vertagt werden.

Beesedau. Die Gemeindevertretersitzung am 17. Juni beschäftigte sich mit dem Ausbau des Weges vom Zoll bis zur Wirschleber Grenze mit Anschluß des Dorfes und ev. Kostenbewilligung dafür. Nach eingehender Beratung wurde einstimmig beschlossen, den Weg nicht zu übernehmen, da die Gemeinde gar nicht in der Lage sei, die ungeheuren Kosten (der Anschlag beläuft sich auf 39 000 Mk.) bezahlen zu können. Für die gemachten Anschläge für vorbenannten Weg hat die Gemeinde an den Straßenaufseher Räisel in Könnern 90 Mk. zu zahlen, was bewilligt wurde. — Da Herr Ernst das Ersuchen, den Bullen auch vormittags ein Stunde herauszugeben, abgelehnt hat, soll vorläufig eine abwartende Stellung eingenommen werden. Die Interessenten werden sich später wieder rühren.

Versammlungsberichte.

Holzarbeiter. In der am 13. Juni stattgefundenen außerordentlichen Mitgliederversammlung erstattete Kollege Schnabel den Bericht vom Verbandstag in Stettin. In der Diskussion hierüber kritisierten einige Redner die Debatte über die Maifeier auf dem Verbandstage, während ein anderer Teil ihr Einverständnis mit derselben erklärten. Im allgemeinen war die Versammlung mit dem Bericht und der Tätigkeit des Verbandstages einverstanden. Dagegen wurde scharf gerügt, daß seitens des Volksblattes noch kein Bericht über den Verbandstag erschienen sei, trotzdem für den Bericht des Sängerverbandstages Raum genügend vorhanden gewesen sei. Es wurde einstimmig beschlossen, daß der Vorsitzende deshalb bei der Redaktion anfragen und die Antwort im Briefkasten veröffentlicht werden solle. Das ist inzwischen geschehen und die Antwort der Redaktion in Nr. 138 des Volksblattes erfolgt.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Genossen! Werbt neue Abonnenten!

Der diesjährige
Inventur-Ausverkauf
Geschäftshaus
J. Lewin
beginnt Montag, den 29. Juni.
Wir überbieten
nach wie vor alles!
Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080623-12/fragment/page=0003

Volkspark

Dienstag den 23. Juni abends 8 Uhr

grosses Konzert

ausgeführt von der Engelmannschen Kapelle.

Programm 10 Pfg. Programm 10 Pfg.

Jeden Freitag abend: **gr. Frei-Konzert.**

Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein Die Verwaltung.

Soziald. Verein f. Halle u. d. Saalkr.

Donnerstag, den 25. Juni, abends 8½ Uhr, im „Volkspark", Burgstrasse

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Landtagswahl in Halle und den Saalkreis.
2. Bericht über die Maifeier.
3. Stellungnahme zu einem Parteifest in Halle a. S.
4. Vereinsangelegenheiten.

Die Mitglieder werden ersucht, sich daran recht zahlreich zu beteiligen.

Der Vorstand.

Naumburg-Weissenfels-Zeitz.

Sozialdemokratischer Verein.

Sonntag den 28. Juni, von nachm. 2 Uhr an, im Garten des Herrn Herzog

gr. Kreis-Parteifest in Luckenau,

besteh. in großem Instrumental- u. Vokal-Konzert, bei dem die Arb.-Gesangvereine uns. Kreises mitwirken, **Festrede, gehalten von Genossen Thiele-Halle.** Abends von 7 Uhr ab im Saale des Herrn **Herzog-Luckenau** und **„Glück auf", Streckau**

Tanz

Alle Genossen und Genossinnen im Kreise werden um Besuch des Parteifestes ersucht.

Der Zentralvorstand des sozialdemokrat. Vereins.

Metallarbeiter

Dienstag den 23. Juni 1908 abends 8½ Uhr in Köppchens Restaurant, Unterberg 12

Versammlung der Klempner und Installateure.

Da wichtige Beschlüsse zu fassen sind, ist es Pflicht der Kollegen, zahlreich zu erscheinen.

Die Verbandsleitung.

Konsumverein Kayna.

Sonntag den 28. Juni 1908 nachmittags 3 Uhr im Gasthof zum Weissen Ross

General-Versammlung.

Der Vorsitzende.

Maler Maler

Dienstag, d. 23. Juni 1908, abds. 8½ Uhr bei Josef Streicher, Kleine Klausstraße 7

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag. 2. Verschiedenes.

Um vollzähliges Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Ansichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandl.

Alte Zeitungen, Journale, Lappen-, u. Papierabfälle sowie Lumpen kauft zu hohen Preisen **A. Samuel, Alter Markt 7.**

Hausarbeiterinnen suchen **Heilbrun & Pinner, Geiststr. 22.**

Nordsee-Halle.

Eine Delikatesse sind unsere

Matjes-Heringe.

Wir empfehlen dieselben per Stück mit

8 10 15 und 20 Pf.

Nordsee-Halle

der Deutschen Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee", Große Ulrichstraße 58. Telephon 1275.

Für Kinder-Feste!

Scheiben, Sterne, Anschiessvögel, nützliche, praktische und bill. Gegenstände als Prämien und Gewinne. Papierlaternen, Luftballons. Vereine u. Schulen erhalt. Vorzugspreise.

C. F. Ritter,

Halle a. S., Leipzigerstr. 90.

Grösstes Spezial-Geschäft für Galanterie- und Spielwaren.

Arbeiterradfahrerverein Halle a. S.

Mitgl. d. Bundes „Solidarität".

Dienstag den 23. Juni

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

Bericht über den Bundestag in Berlin.

Der wichtigen Tagesordnung halber ist zahlreiches Erscheinen notwendig. Der Vorstand.

„Otto Otto — Charivari!"

Jeden Abend 8 Uhr:

Gastspiel im

Walhalla-Theater.

Direktion: Otto Otto, populärster Brettl-Dichter.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller. Gastspiel des „Berliner Metropol-Ensembles". Nur noch wenige Tage!

Das Tagebuch einer Verlorenen

Lebensbild in 5 Akten nach dem berühmten Margarete Böhmschen Roman gleichen Titels f. die Bühne bearbeitet von Baron von Metzsch-Schilbach.

Tymian . . Frl. **Anny Hamel** v. Hoftheater z. Braunschweig

Lederhandlung

Carl Friedrich Nachf.

Jetzt

Brüderstr. 4.

„Rudolf Mosse".

Prachtv. Plüschsofa nur 48 M., gr. Kleiderschrank 28 M., Spiegelbertikow 45 M., Sofatisch 10 M., Spiegel mit Konsole 18 M., Waschtisch 13 M., Muschelbettstelle mit Matr. 28 M., Küchenmöbel und Schlafsofa, sehr billig, verkauft Gölstestrasse 21, I.

Kartoffeln

zu Speise- u. Futterzwecken, hat fortwährend billig zu verkaufen

P. Otto,

Restaurant à la Aschinger und Kartoffelhandlung, Leipzigerstr. 82. Fernruf 3329.

Braunbier

täglich frisch, Verkauf von früh 6 bis abends 7 Uhr, empfiehlt

Günthers Brauerei.

Ein Grammophon mit Platten zu verkaufen. Nietleben, Schulhof 13.

---

50 eigene Fischdampfer.

Nordsee - Halle.

Unsere Dampfer brachten wieder große Fänge **prachtvolle Schollen und Rotzungen** an. Wir empfehlen hiervon sehr preiswert, in ff. blutfrischer Ware:

ff. Rotzungen Ia. große helle per Pfund **40** Pfg.
ff. Bratschollen per Pfund **15** Pfg.
ff. Kabeljau im Anschnitt per Pfund **18** Pfg.
ff. Schellfisch im Anschnitt per Pfund **20** Pfg.

Von feinen Tafelfischen empfehlen wir als besonders preiswert:

ff. Heilbutt im Anschnitt per Pfund **75** Pf.

„Nordsee-Halle"

der Deutschen Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee".

Größte Hochseefischerei Deutschlands.

Telefon 1275. Gr. Ulrichstrasse 58. Telefon 1275.

Eigener Seehafen.

Gekrönte Häupter.

Zur Naturgeschichte des Absolutismus.

1. Katharina II. von Rußland. Konfisziert gewesen.
2. August der Starke, Kurfürst von Sachsen. Konfisziert gewesen.
3. Papst Alexander VI.
4. Karl Leopold von Mecklenburg.
5. Ludwig XIV. von Frankreich.
6. Philipp II. von Spanien.
7. Friedrich Wilhelm II. von Preußen.
8. Heinrich VIII. von England.
9. Elisabeth von Rußland.
10. Louis Philipp von Frankreich.
11. Papst Julius II.
12. Friedrich II. von Preußen.
13. Caligula.
14. Ludwig XV. von Frankreich.
15. Friedrich Wilhelm IV.
16. Iwan der Schreckliche von Rußland.
17. Jerome, König von Westfalen.
18. Isabella II. von Spanien.
19. Wilhelm II. von Hessen.
20. Nero.
21. Karl I. von England.
22. Karl Eugen von Württemberg.
22. Rudolf II., Kaiser von Deutschland.
24. Christian von Schweden.
25. Maria Theresia von Oesterreich.
26. Leopold II. von Belgien.

Jedes Heft 20 Pf. Auch gebunden in 5 Bänden à Band 1.50 M. Die Volksbuchhandlung, Harz 42/43.

Lampions,

Kinderfahnen u. Schärpen, Abschlessvögel u. Sterne, Feuerwerk, sämtliche

Verlosungs-Artikel

empfehlen nur für — Wiederverkäufer — in grosser Auswahl billigst

Adler & Co.,

Halle a. S., Franckestr. 18 Galanterie- u. Spielwaren en gros.

Zeitz.

Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophone, Wringmaschinen, Zubehörteile. Grösste Auswahl. Billigste Preise.

Emil Schneider, Kalkstr. 4—5.

Nur echte

Henkel's Bleich-Soda

Garantirt chlorfrei

nur erhält blendend weisse Wäsche

!!! Achtung !!!

Empfehle meine vorzügliche hausschlachten geräucherte Rot-, Leber-, Schwartens- und Knackwurst und Rostschinken.

Mittwoch d. 24. Juni Schlachtefest.

Früh 8 Uhr: Wellfleisch

Dienstag abend: frisches Gekrochtes.

Körbers Nachfolger, Inh.: P. Drescher, Gegenseitenst. 5.

Ein ganz perfekter Brenner

wird sofort für eine Malzkaffee-Fabrik auf dem Lande in dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn gesucht. Bei entsprechenden Leistungen baldige Zulage. Offerten unter A. 8817 an Haasenstein u. Vogler A.-G., Leipzig erwünscht.

Kartoffeln,

eine sehr schöne Ware, sind wieder eingetroffen.

Fr. Probst, Alter Markt 6.

Wer Stellung sucht verlange die „Deutsche Unkanzeipost", Esslingen 156.

Ehrenerklärung!

Die beleidigenden Aeußerungen gegen Frl. Olga Harre, hier, Saalestraße 7 nehme ich hierdurch zurück und erkläre dieselben als unwahr.

Witwe Friedericke Fischer, Saalestraße 7.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres Lieblings

Berthold

sagen wir allen unseren innigsten Dank für die liebevolle Teilnahme und reiche Kranzspende. Die trauernde Familie Reichenberg.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme beim Begräbnis unseres lieben kleinen

Werner

sagen wir allen Freunden und Verwandten unseren aufrichtigsten Dank.

Weidau, den 20. Juni 1908.

August Weigelt und Frau.

Verla. und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080623-12/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 144. Halle a. S., Dienstag den 23. Juni 1908. 19. Jahrg.

Zur Arbeitslosenversicherung.

IV.

(Schluß.)

Wie zersplittert das Wesen der Arbeitsnachweise gerade in Halle ist, ist daraus ersichtlich, daß neben oben genannten „Zentralarbeitsnachweis" noch vier Unternehmer-Nachweise (des Verbandes der Metallindustriellen, des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, des Vereins der Gastwirte und der Freien Vereinigung selbständiger Barbiere und Friseure), 17 Nachweise der Innungen, 21 Nachweise freier Gewerkschaften (mit zum Teil recht minimalen Resultaten), zwei Nachweise der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, ein Nachweis der christlichen Gewerkschaft, drei Nachweise lokalorganisierter Vereine und vier paritätische Nachweise (Brauer, Buchdrucker, Glaser und Saalbesitzer und deutscher Kellnerbund) vorhanden sind. Außerdem existieren hier noch Arbeitsnachweise des Kreisvereins Halle des Verbandes deutscher Bureaubeamten, des Technikervereins (Zweigverein des Deutschen Technikerverbandes), des Vereins für katholische Kaufleute und Beamte, des kaufmännischen Vereins, des kaufmännischen Vereins für weibliche Angestellte und der Arbeitsnachweis der Herberge zur Heimat. Die übrigen von kirchlichen Vereinen usw. teilweise vollzogenen Arbeitsvermittlungen wollen wir ihres minimalen Wertes halber vollständig ausschalten.

Sehen wir also die lange Liste nach, so finden wir, daß in Halle allein 59 Arbeitsnachweise tätig sind. Welch eine Kraft- und Kostenvergeudung. Dazu kommt aber noch, daß es in Halle auch 58 gewerbsmäßige Stellenvermittler gibt und daß nach Berechnung des hiesigen Statistischen Amtes jährlich mindestens noch 100 000 Mk. für Inserate, Stellengesuche und Stellenangebote betr., ausgegeben werden. Mit welchen Mitteln könnte also ein Zentralarbeitsnachweis ausgestattet werden, wenn nur ein Teil dieser großen Kraftverschwendung dazu verwendet würde.

Welchen Erfolg haben aber nun diese vielen Arbeitsnachweise? Darüber bleibt man so ziemlich im Dunkeln. Denn wenn man die Statistik des Reichs-Arbeitsblattes verfolgt, so finden wir, daß nur sieben Arbeitsnachweise ihre Tätigkeit ziffernmäßig eingereicht haben, nämlich der Verein Volkswohl, der Verband der Metallindustriellen, die Bäckerinnung, die freien Gewerkschaften der Maler und Tapezierer, der Verein der Hotel- und Restaurations-Angestellten und der vereinigte Nachweis der Saalbesitzer und des Deutschen Kellnerbundes. Die andere große Zahl der Arbeitsnachweise hat es nicht für nötig gehalten, die so notwendige Statistik zur Erlangung eines Gesamtbildes der Arbeitslosigkeit und Arbeitsgelegenheit in Halle durch Einsendung ihres Materials zu vervollständigen. Allerdings werden viele Nachweise wenig oder gar nichts zu berichten haben. Aber es gäbe doch ein Gesamtbild. So aber ist das Bild natürlich nur ein sehr lückenhaftes.

Doch um einen kleinen Ueberblick über die Fluktuation der Halleschen Arbeiterschaft zu geben, wollen wir nachfolgend die aus dem Reichs-Arbeitsblatt zusammengestellte Uebersicht über das Jahr 1907 in gedrängter Kürze geben.

Beim Arbeitsnachweis des Vereins Volkswohl meldeten sich 2331 männliche, 2296 weibliche Arbeitsuchende, denen 1138 offene Stellen für männliche, 2905 für weibliche Arbeiter gegenüberstanden. Hiervon wurden besetzt 992 von männlichen, 1537 von weiblichen Arbeitern, davon waren Aushilfsstellen 53. Im Vorjahr meldeten sich 2108 männliche, 2152 weibliche Arbeitsuchende, denen 981 für männliche, 2617 für weibliche Arbeiter offene Stellen gegenüberstanden. Besetzt wurden hiervon 908 männliche, 1065 weibliche Stellen. Man sieht überall eine steigende Tendenz gegenüber dem Jahre 1906. Bemerkenswert ist hierbei die große Anzahl der offenen Stellen für weibliche Arbeiter, die aber hauptsächlich Dienststellen und Aufwartungen betrifft.

Beim Arbeitsnachweis des Verbandes der Metallindustriellen meldeten sich 10 856 (12 508 im Vorjahre) Arbeitsuchende, denen 5933 (5369) offene Stellen gegenüberstanden, die auch, ebenso wie im Jahre 1906, alle besetzt wurden. Man sieht, die Arbeitsuchenden waren 1907 um 1652 weniger als im Vorjahre, während die offenen Stellen sich um 564 vermehrt hatten. Aber es war genug auserlesenes Arbeitermaterial da, um alle Stellen besetzen zu können. Wieviel hiervon Aushilfsstellen waren, ist leider nicht angegeben.

Den Arbeitsnachweis der Bäckerinnung benutzten 1485 (1354 im Vorjahr) Arbeitsuchende, denen 1583 (1349) offene Stellen gegenüberstanden, also 98 offene Stellen mehr, als Arbeitsuchende. Sie waren aber auch darnach, denn von den 1315 (1172) besetzten Stellen waren nicht weniger als **1128** Aushilfsstellen, so daß also nur 187 sogen. feste Stellen, d. h. auf längere Zeit, darunter waren. Man kann daraus ersehen, daß das Bäckergewerbe fast nur zum Saisonbetrieb herabgesunken ist. Während der übrigen Zeit behelfen sich eben die Herren Bäckermeister meist mit — Lehrlingen.

Die Tapezierer waren voriges Jahr, wie erinnerlich, auf längere Zeit ausgesperrt. Das zeigt sich auch in den Ziffern des Arbeitsnachweises des Verbandes der Tapezierer. Während sich 490 (im Vorjahr 125) Arbeitsuchende meldeten, waren nur 169 (94) offene Stellen vorhanden, von denen 147 (81) besetzt wurden. Davon waren 46 auch nur Aushilfsstellen.

Im Zeichen der größeren Bautätigkeit stand der Nachweis des Verbandes der Maler, den 746 (410) Arbeitsuchende benutzten. Von den 466 (415) offenen Stellen wurden 319 (237) besetzt. Also auch hier, trotz der größeren Bautätigkeit, die allerdings durch den lange Zeit anhaltenden Streik im Baugewerbe stark beeinträchtigt wurde, ein bedeutend größeres Angebot von Arbeitskräften, als gebraucht wurden.

Noch schlimmer zeigt sich das Mehrangebot, was männliche Arbeitskräfte betrifft, im Gastwirtsgewerbe. Im Arbeitsnachweis des Vereins der Hotel- und Restaurations-Angestellten meldeten sich 418 (484) männliche, 28 (24) weibliche Arbeitsuchende. Denen standen 224 (260) offene Stellen für männliche, 55 (27) für weibliche Arbeiter gegenüber. Besetzt wurden hiervon 108 (165) männliche, 10 (8) weibliche Stellen.

Noch deutlicher kam dies zum Ausdruck im vereinigten Arbeitsnachweis der Saalbesitzer und des deutschen Kellnerbundes. Dort meldeten sich 2212 (2909) männliche, 129 (194) weibliche Arbeitsuchende. Offene Stellen waren vorhanden 1565 (1183) für männliche, 331 (477) für weibliche Arbeiter. Besetzt wurden hiervon 1287 (920) männliche, 51 (79) weibliche Stellen. Davon waren aber insgesamt 863 Aushilfsstellen. Zu bemerken ist hierbei noch, daß sich der Nachweis nur auf elf Monate erstreckt, da der Abschluß über den Monat Juni nicht beim Statistischen Amt eingegangen war. Der Monat Juni ist aber einer der Hauptmonate des Jahres, so daß also die Ziffer sich bedeutend erhöhen würde. Bezeichnend ist, daß von diesem Nachweis über großen Mangel an weiblichem Personal und an jungen Kellnern von 16 bis 18 Jahren geklagt wurde. Also ältere Kellner waren genug vorhanden. Die nimmt man aber nicht gern, weil sie keine mehr Lohn beanspruchen und sich zweitens nicht so fallen lassen. Es ist ja bekannt, daß es viele Kellner gibt, die überhaupt keinen Lohn bekommen, sondern nur vom Trinkgeld der Gäste leben müssen. Wie demoralisierend das wirken muß, braucht nicht noch besonders betont werden. Man kann aber oft beobachten, daß ein spärlich oder gar keine Trinkgelder zahlender Gast verächtlich von den Ganymeds angesehen wird. Ein Beweis, wie der Trinkgelderunfug den Begriff von Ehrgefühl und Selbstachtung bei den dienenden Geistern im Gastwirtsgewerbe direkt verschoben hat. Die Schuld liegt aber nicht an den Kellnern, sondern am System der Ausbeutung der Arbeitskraft seitens der Gastwirte. Es wird Zeit, daß die Proletarier im Frack hier Remedur schaffen. Das Publikum wird sie gewiß unterstützen.

Es ist also aus dem Vorhergegangenen ersichtlich, daß die grenzenlose Zersplitterung der Arbeitsnachweise in Halle (und anderwärts ist es zum größten Teil nicht besser) kein geeigneter Boden ist für eine gedeihliche Entwicklung der Zentralisation, wenn nicht ein gesetzliches Machtwort dem Einhalt tut. Der Versuch des Magistrats zur Errichtung eines unparteiischen zentralisierten Arbeitsnachweises, wie man ihn vielfach in Süddeutschland hat, scheiterte sowohl am Widerspruch der Innungen als an dem des Metallindustriellen-Verbandes, während die freien Gewerkschaften schon 1895 einen städtischen Nachweis forderten.

Von den Innungen kann man ja auch nichts anderes als Rückständigkeit erwarten. Das haben sie schon unter dem alten Zunftwesen bewiesen, und diesen Zopf haben sie auch in das neue „moderne" Innungswesen mit herübergenommen. Das beweisen die Hilferufe nach dem kleinen und großen Befähigungsnachweis und anderen Palliativmitteln zur künstlichen Aufrechterhaltung des sogen. Mittelstandes, das beweist auch die Abneigung gegen die Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises. Die Krauter bilden sich eben ein, dadurch an Ansehen einzubüßen. „Es sei den Innungsnachweisen leichter, sich über die Fähigkeiten der Gesellen zu verständigen." (Wenn die Meister aber mehr auf die bessere Ausbildung ihrer Lehrlinge sehen würden, hätten sie mehr fähige Gesellen). „Außerdem sei es mit ihrem Handwerkerstolze nicht vereinbar, mit ungelernten Arbeitern und Dienstboten den gleichen Arbeitsnachweis zu benützen." Stolz lieb ich den Spanier. Aber mancher ungelernte Arbeiter verdient mehr, als so ein Innungskrauter seinem gelernten Gesellen an Lohn gibt. Diese Ueberhebung der Innungsmeister geht übers Bohnenlied. Die Arbeiter werden den Krautern erst eindringlich zu Gemüte führen müssen, daß sie in ihrer Mehrzahl heute nichts anderes sind als Handlanger des Großkapitals, das die meisten ungelernten Arbeiter braucht und die Handwerksmeister ausschaltet.

Und der Verband der Metallindustriellen, der seinen Arbeitsnachweis nach Kühnemannschem Rezept verwaltet, d. h. die Arbeitsuchenden nach „genehm" und „nicht genehm" sichtet, will natürlich seine Gewalt auch nicht aus der Hand geben, während die freien Gewerkschaften immer für städtische Nachweise eingetreten sind.

Soll aber eine der Arbeiterschaft wirklich nutzbringende Arbeitslosenversicherung auf Grundlage einer Reichsversicherung durchgeführt werden, dann muß zu allererst die Buntscheckigkeit der Arbeitsnachweise, die ja noch schlimmer ist als die Buntscheckigkeit der Bundesstaatelei des alten Deutschen Reiches römischer Herrlichkeit, beseitigt und überall Zentral-Arbeitsnachweise unter paritätischer Verwaltung mit engster Fühlung untereinander von Reichswegen eingerichtet werden. Die Gewerkschaften werden hierbei mit aller Macht mithelfen und bahnbrechend wirken zum Nutzen der Gesamtheit.

*) Siehe die Artikel in Nr. 126, 133 und 142 d. B.

Halle und Saalkreis.

* Halle, 22. Juni.

Sommers Anfang.

A, a, a, der Sommer, der ist da! können nun mit Recht unsere Abc-Schützen als erste Gesangsübung mit mehr oder weniger richtiger Betonung singen, denn seit gestern, Sonntag, sind wir in den Sommer eingetreten. Allerdings hat uns der launische Wettergott, der uns während des ganzen Frühlings schon so oft genarrt hat, auch zu Sommers-Anfang eine kleine Dusche gegeben, indem nach einigen recht sommerlichen Tagen eine schon mehr herbstliche Kühle eingetreten ist. Hoffentlich hält diese durch weit ausgedehnte Gewitterstürme verursachte Abkühlung nicht zu lange an, denn nun wollen alle Früchte, sollen sie gedeihen, eine annehmbare Wärme haben, und auch der Mensch sehnt sich nach einer ordentlichen „Erwärmung", wenn er schließlich auch bei einer tüchtigen Fußtour einmal kräftig über die ihm zu einem unfreiwilligen Dampfbad verhelfende Hitze schimpft. Das ist nun einmal so. Der Mensch ist nie zufrieden. Gibt es tüchtige sommerliche Hitze, wünscht er Kälte und im Winter schimpft der Mensch über die teuren Kohlen. Und das ist gut. Denn mit der Zufriedenheit, die hauptsächlich den Arbeitern von allen „gutgesinnten" Seiten gepredigt wird, würde aller Fortschritt aufhören und anstatt Kultur Barbarei, anstatt Weiterentwicklung Rückschritt, Auflösung eintreten. Aber der Sommersanfang kann auch schon, trotzdem er noch zu den „schönen" Jahreszeiten zählt, zu ernster Stimmung Veranlassung geben, denn nicht nur, daß nunmehr die Tage wieder abzunehmen beginnen, auch der Werdeprozeß der Natur mahnt wieder deutlich an alles Vergehen. Denn nachdem der von den Poeten aller Richtungen oft in der fürchterlichsten Weise angedichtete Frühling die ganze Natur in ein Blütenmeer gekleidet, die gefiederten Sänger unter Jubeltönen sich die Nester bereitet und Eier in dieselben gelegt haben, übernimmt es der Sommer, die aus den Blüten sich entwickelnden Früchte in der Sonne Wärme zu reifen, die Vögel unterlassen das Singen und geben sich emsig dem Brutgeschäft hin, um für rechtzeitige und reichliche Nachzucht zu sorgen und so gehen wir im Sommer Tag für Tag, anfänglich kaum bemerkbar, später aber deutlich sichtbar, der ungemütlichsten der deutschen Jahreszeiten, dem Herbst mit seinen Stürmen und kalten Regen entgegen, bis endlich dann im Winter alle lebende Natur unter starrer Frost- und Schneedecke begraben liegt, nicht ohne jedoch daß dieser schon den Keim zu neuem Leben und Erwachen in sich trägt. So sorgt die Natur. Ahmt ihr der Mensch, und besonders der Arbeiter, nach, so wird es um ihn nicht schlechter bestellt sein. Besonders der Arbeiter hat es notwendig, für die rauhe Winterszeit zu sorgen, sei es, daß er sich durch Zusammenschluß in den Organisationen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpft, um die wechselnden Zeiten ohne größere Entbehrungen überstehen zu können, sei es, daß er auch während des Sommers für Aufklärung bei sich, seiner Familie, seinen Kollegen usw. sorgt. **Aufklärung tut unserer Arbeiterschaft aber noch sehr not.**

Die kann in erster Linie aber nur durch die Presse geschaffen werden. Wie die bürgerliche Presse die Arbeiter aber aufklärt, darüber brauchen wir uns heute nicht unterhalten. Das beweist diese Presse tagtäglich. Nur kurz vor Quartalschluß zeigt sich diese Presse „arbeiterfreundlich", um dann alle Arbeiterfragen nach Fang der Arbeiterleser entweder in nichtssagender Weise abzutun, oder die Arbeiter und ihre berechtigten Forderungen direkt feindlich und im Sinne des Unternehmertums, dessen Interessen die ganze bürgerliche Presse dient, zu behandeln.

Die einzige Presse, die jahraus, jahrein **für die Interessen der Arbeiter kämpft**, für sie Verfolgungen erleidet und willig auf sich nimmt, ist die Arbeiterpresse, in unserem Verbreitungsbezirk das **Volksblatt**. Sorge deshalb jeder Arbeiter, dem an Bessergestaltung seiner Lage, an Aufklärung seiner Mitmenschen liegt, dafür, daß das **Volksblatt** auch jetzt, beim bevorstehenden Sommerquartal, noch weitere Verbreitung in den Arbeiterkreisen finde. Sie in kurzsichtiger oder selbstsüchtiger Weise die gegnerische Presse liest und dadurch den Gegnern selbst die Mittel liefert zur Bekämpfung der Arbeiterklasse.

Besonders die vielen organisierten Arbeiter, die sich durch das Lesen der gegnerischen Presse ins eigene Fleisch schneiden, mögen sich ihres Fehlers bewußt werden und vom 1. Juli ab das **Volksblatt** bestellen.

Tut so jeder Arbeiter seine Pflicht sich, seiner Familie, der Allgemeinheit der Arbeiter gegenüber, sorgt er durch Verbreitung des **Volksblatts** zur Aufklärung in den weitesten Volkskreisen, dann kann der Sommer mit seiner Lust vergehen, dann kann der Winter kommen, er hat dann wie ein sorgsamer Hausvater vorgesorgt.

Deshalb, Arbeiter, Parteigenossen, sorgt beim bevorstehenden Quartalswechsel dafür, daß es überall heißt:

Hinaus mit den gegnerischen Blättern, herein mit dem „Volksblatt!"

Die allgemeine Versammlung für sämtliche Krankenkassen-Mitglieder,

die am 17. Juni 1908 in den Thaliasälen tagte, nahm als ersten Punkt den Bericht über den vierten allgemeinen Krankenkassenkongreß entgegen. Der Vorsitzende des hies. Krankenkassenverbandes hob in seinem Bericht hervor, daß die Behauptung gewisser Kreise: „Der Kongreß sei nichts anderes als eine sozialdemokratische Veranstaltung" sich als systematische Verleumdung der Krankenkassen darstellt.

Von den 821 Arbeitgebern, die neben 464 Arbeitnehmern und 248 Kassenbeamten auf dem Krankenkassenkongreß vertreten waren, wurde durch eine Anzahl namhaft hervorragender Vertreter energisch betont, daß sie bisher in langjähriger Mitarbeit, von politischen Bestrebungen innerhalb der Krankenkassen nichts wahrgenommen hätten. Alle, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, haben mit großem Eifer gemeinsam an dem Ausbau der Krankenkassen gearbeitet. Nur die Krankenkassenvertreter seien in der Lage, über die Bedürfnisse sowie über Reformvorschläge des Krankenversicherungsgesetzes am ehesten zu urteilen.

In der Abstimmung über die dem Kongreß vorliegenden Leitsätze und Resolutionen ergab sich nahezu die einstimmige Annahme derselben. Nur vier Vertreter stimmten dagegen. So widerlegte der Kongreß unzweideutig und vor aller Welt das Märchen von den „sozialdemokratischen" Krankenkassen.

Daß der Kongreß nicht spurlos vorübergegangen ist, ergibt die Tatsache, daß bereits am 11. und 12. Juni im Reichsamt des Innern eine Konferenz tagte, zu der auch Kassenvertreter geladen waren. Man hat es freilich nicht für erforderlich gehalten, aus Berlin mit seinen ¾ Millionen Versicherten irgendwen aus Kassenkreisen zu laden. Auch südlich der Mainlinie hat man keine Kassenvertreter gefunden. Zur Konferenz geladen waren als Kassenvertreter: Fräßdorf-Dresden, Gräf-Frankfurt a. M., Rendant Kipper-Köln a. Rh., Rendant Wiskirchen-M.-Gladbach und Finanzrat Klüpfel-Essen. Von den Aerzten waren geladen: Dr. Hartmann-Leipzig, Prof. Dr. Löbker-Bochum, Dr. Mugdan-Berlin, Dr. Markuse-Berlin, Dr. Dippe-Leipzig, Dr. Hartmann-Hanau, Bahnarzt Dr. Schwechten-Berlin, die Knappschaftsärzte Dr. Backhaus-Mattenscheid, Dr. Gördt-Bochum und Dr. Reichel-Chropacrow, Oberschlesien. Als „unparteiische" Beiräte hatte man ferner noch eingeladen: Stadtrat Dr. Flesch-Frankfurt a. M., Stadtrat von Frankenberg-Braunschweig, Beigeordneter Fuchs-Köln, Verwaltungsdirektor der Niederschlesischen Knappschaftsvereine Schwerk, Beigeordneter Dr. Wiedfeldt-Essen und Stadtrat Wobbe-Königsberg i. Pr. Hinzu kommen noch sieben Regierungsvertreter: vom Reichsamt des Innern, Reichsmarineamt, Reichspostamt, preußischen Kriegsministerium, Ministerium für Handel und Gewerbe, für Unterricht und Medizinalangelegenheiten. Den Vorsitz führt Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg selbst.

Diese Konferenz soll also die Versicherungsreform beginnen. Was in der ersten Sitzung verhandelt und beschlossen wurde,

Caramel-Malz-Bier, Schutzmarke: „Pelikan mit Jungen".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080623-12/fragment/page=0005

entzieht sich leider der Kenntnis aller Wißbegierigen. Den Teilnehmern ist ein Schweigegebot auferlegt worden. Was aber auch aus den Beratungen hervorgehen mag, so viel ist sicher: Jede Verschlechterung der Selbstverwaltung in den Krankenkassen, jede Beschneidung der wenigen Rechte, die die Versicherten in der Krankenversicherung noch besitzen, wird einen gewaltigen Entrüstungssturm bei den Arbeitgebern und Versicherten hervorrufen.

Im zweiten Teil der Tagesordnung referierte Herr Rendant Thier über die Erhöhung der Pflegesätze in hiesigen Kliniken, Elisabeth-Krankenhaus und Diakonissenhaus. In den letzten Jahren sind die Pflegesätze erhöht worden in den Kliniken von 1,75 auf 2 Mark pro Tag, seit 1. Mai d. J. auf 2,30 Mark; in den andern Krankenanstalten von 1,75 seit 1. Mai auf 2 Mk. Infolge Mangels eines Vertragsverhältnisses sind die Krankenkassen vollständig machtlos. Es dürfte demnach der Versuch zu machen sein, ein Vertragsverhältnis herbeizuführen. Allerdings werden dann auch noch nicht alle Kranken untergebracht, auch eventl. weitere Erhöhungen der Pflegesätze werden nicht ausbleiben. Jedenfalls steht fest, daß eine Krankenhaus not in Halle besteht, unter der ganz besonders die Hallenschen Einwohner zu leiden haben.

Nach den Feststellungen des Statistischen Amtes der Stadt Halle sind im Jahre 1907, und zwar Anfang Januar 108, Februar 122, März 60, April 123, Mai 131, Juni 116, Juli 116, August 42, September 88, Oktober 96, November 112 und Dezember 45, sowie im Jahre 1908 und zwar Anfang Januar 87, Februar 145, März 121, April 99, Mai 102 Kranke in den öffentlichen Krankenanstalten, nämlich den königl. Universitätskliniken, dem Diakonissenhause, dem Bergmannstrost und dem Elisabethkrankenhause mehr untergebracht gewesen, als die normale Zahl der Betten (1907: 1200, 1908: 1219) beträgt.
Es waren im ganzen 1159 Betten mehr belegt, so daß der tägliche durchschnittliche Mehrbestand an Kranken 96—97 beträgt. Selbst bei günstigstem Stande betrug der Ueberschuß der Kranken 42.

Hieraus geht unzweifelhaft hervor, daß die hiesigen öffentlichen Krankenanstalten mit Rücksicht auf ihre Bettenzahl nicht imstande sind, die der Krankenhausbehandlung bedürftigen Kranken unterzubringen. Daraus resultiert, daß die Krankenkassen z. B. der höchsten Krankenhausnot einzelne Kranke an vier oder fünf Stellen anbieten müssen, um ihnen nur die Möglichkeit der Krankenhausbehandlung zu teil werden zu lassen. Ein solcher Zustand kann nicht normal genannt werden. Mit Rücksicht auf die Möglichkeit von Epidemien müssen die vorhandenen Krankenhäuser als durchaus unzureichend bezeichnet werden. Durch die hohe Belegung (bis zu 45 Proz. über die Normalbettenzahl) der Krankenhäuser werden die Kranken enger zusammengelegt, als zweckmäßig ist. Das Krankenhauspersonal (Aerzte, Schwestern, Wärter pp.) wird überlastet, so daß die individuelle Behandlung ernsthaft gefährdet ist.

Dieser Mangel ließe sich ohne weiteres beseitigen, wenn die dem Krankenversicherungszwange unterliegenden Personen einer (allgemeinen) Krankenkasse angehörten und diese Kasse ein eigenes Krankenhaus errichten würde. Bei der weitgehenden Zersplitterung der Kassen ist dies indessen unausführbar, kann auch mit Rücksicht auf die bis jetzt noch immer unbekannten Pläne der Regierung hinsichtlich Reform der Krankenversicherung zurzeit kaum erörtert werden.

Es erübrigt daher nur, den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung, sowie die Gesundheitsbehörden (Stadtarzt, Kreisarzt, Regierungspräsident usw.) auf die seit einigen Jahren bestehende Krankenhausnot, die auch durch die in den letzten Jahren ausgeführten Erweiterungsbauten des Elisabeth-Krankenhauses und des Diakonissenhauses nicht beseitigt ist, eindringlich hinzuweisen, und die städtischen Behörden zu bitten, sobald als möglich der Frage der Errichtung eines städtischen Krankenhauses näher zu treten. Bei dem bisherigen Mangel einer solchen Einrichtung ist die Stadt ohne jeden Einfluß auf die Unterbringung, Verpflegung usw. der Kranken, sowie die Gestaltung der Pflegesätze, weshalb schon aus diesem Grunde die dringende Notwendigkeit dieser Forderung von den Arbeitgebern, Kassenmitgliedern und Vertretern der Krankenkassen einstimmig anerkannt wird. Die Versammlung beauftragte den Verbandsvorstand, dem Magistrat und den Stadtverordneten den Antrag auf Errichtung eines städtischen Krankenhauses zu unterbreiten.

Als dritter Punkt wurde über die Erweiterungspläne der Walderholungsstätte berichtet. Die Stätte in ihrer jetzigen Einrichtung ist entschieden vorteilhaft gestaltet und dürfte bereits als mustergültig angesehen werden. Freilich genügt sie noch nicht allen Ansprüchen, darum beabsichtigt der Krankenkassenverband, ein massives Wirtschaftsgebäude zu errichten, welches eine Anzahl Zimmer enthalten soll, in denen Pfleglinge, denen der Weg von und zur Stätte zu beschwerlich ist, übernachten können. Sodann soll auch der Winterbetrieb eingeführt werden. Dieser Plan kann aber nur dann verwirklicht werden, wenn dem Krankenkassenverband die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen. Auch hier zeigt sich wieder der Fehler der Kassenzersplitterung. Es sei zu empfehlen, daß alle Kassen, auch die dem Krankenkassenverbande nicht angehören, einen einmaligen Beitrag von 50 Pf. pro Mitglied beschließen. So kommt schon ein ansehnlicher Fonds zustande. Aber auch die finanzkräftigen Einwohner von Halle sollen ersucht werden, für solch eine nur dem Gemeinwohl und der Volksgesundung dienende Einrichtung reichlich zu unterstützen. Auch Korporationen, die den Wert einer solchen Stätte anerkennen, werden sicher nicht zurückstehen. Alle Zuwendungen nimmt die Geschäftsstelle der Walderholungsstätte, Rendant Franz Thier, Sternstraße 10, entgegen.

Die Versammlung gab zu den Vorschlägen die Zustimmung. So ist zu hoffen, daß immer mehr zum Wohle der Versicherten Einrichtungen geschaffen und vervollkommnet werden, auch dem Krankenkassenverband immer mehr Kassen beitreten zum Nutzen der versicherten Arbeiter.

Reserve- und Landwehrmänner

haben für die Dauer ihrer Uebungszeit Anspruch auf Familienunterstützung. Wir haben schon oft das Nähere hierüber mitgeteilt, da aber gegenwärtig wieder Mannschaften zu Reserveübungen eingezogen worden sind und immer wieder Anfragen an uns über die Höhe der Unterstützung und die Art der Erhebung des Anspruchs gelangen, so wollen wir nochmals die hauptsächlichsten Bestimmungen wiederholen.

Die Unterstützung beträgt für die Ehefrau 30 Prozent, und für jedes Kind unter 15 Jahren 10 Prozent, insgesamt aber für die ganze Familie höchstens 60 Prozent des ortsüblichen Tagelohns. Reservisten und Landwehrleute mit mehr als drei Kindern werden also dafür gestraft, daß sie mehr als drei Kinder haben. Die Unterstützung kann schon nach dem Tage der Abreise des Uebungspflichtigen zur Truppe erhoben werden, und ist nicht als Armenunterstützung zu betrachten. Im Falle einer vorzeitigen Entlassung eines zur Uebung Eingezogenen fordert die Behörde den zuviel gezahlten Betrag zurück. Der Anspruch auf Unterstützung ist bei der Ortsbehörde zu stellen, wo der Einberufene vor der Uebung seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hatte. Das Gesuch um Unterstützung kann mündlich oder schriftlich gestellt werden. Es genügt etwa folgendes Schreiben:

An den Gemeindevorstand (Magistrat) von . . . . . .
Ich bin vom . . . . . bis . . . . . zu einer Reserveübung eingezogen. Ich beanspruche für meine Familie die ihr zustehende Unterstützung. Meine Familie besteht aus meiner Frau und . . Kindern. Die Kinder sind geboren: Paul am . . . ., Anna am . . . . usw. (Datum, Name, Wohnung.)

Der Anspruch erlischt, wenn er nicht spätestens vier Wochen nach Beendigung des Dienstes erhoben wird.

An wen muß die Miete gezahlt werden?

Diese Frage wird bei jedem Quartalswechsel neu aufgeworfen, ebenso oft beantwortet werden und trotzdem immer eine Quelle des Aergers, des Streites und der Nichtübereinstimmung zwischen vielen Mietern und Vermietern bleiben.

Die Korrespondenz des Verbandes deutscher Mietervereine hat deshalb die Beantwortung dieser Frage auf Grund des Mietrechts im Bürgerlichen Gesetzbuch in möglichst umfassender Weise versucht, welche wir hier im Interesse unserer Leser, gleichviel ob sie Mieter oder Vermieter sind, folgen lassen.

Die Miete ist an den Vermieter zu zahlen. Ist das Mietgrundstück jedoch einer Frau gehörig; ja, ist sie selbst im Mietvertrag als Vermieterin angeführt, so ist trotzdem die Miete an den Mann zu zahlen. Wenn das Grundstück einem Unmündigen (Kind, Geisteskranken) gehört, so ist die Miete an den Pfleger oder Vormund zu zahlen, der sich jedoch auf Verlangen ausweisen muß. Haben mehrere Miteigentümer gemeinsam vermietet (Genossenschaft, Gesellschaft), so ist nur an einen zu zahlen, der dazu bestimmt ist. Die Miete darf an Bevollmächtigte bezahlt werden, also an Hausverwalter, wenn dieser eine Erklärung oder schriftliche Vollmacht vorzeigen kann oder wenn der Vermieter den Mieter anweist, dem Betreffenden zu zahlen. Man kann dem Ueberbringer einer Quittung, selbst wenn diese gestohlen ist, die Miete ohne Schaden zahlen; vorausgesetzt, daß man davon nichts weiß und daß es im Hause sonst üblich ist, gegen Quittung zu zahlen.

Bei einem neuen Besitzer des Hauses genügt nur eine schriftliche oder mündliche Erklärung, wer der neue Besitzer ist; in zweifelhaften Fällen lasse man sich eine Bescheinigung des Grundbuchamtes vorlegen. Es kommen manchmal durch Konkurs sehr verzwickte Fälle vor. Um sich vor einer doppelten Zahlung zu hüten, prüfe man die vorgelegten Urkunden genau, besonders auf das Datum, befrage sich auf dem Gerichte oder hinterlege die Miete dort. Allerdings ist eine Hinterlegung auch nicht ohne weiteres angängig. Sie wird nur angenommen, wenn der Mieter an der Legitimation des Gläubigers zu zweifeln Anlaß hat. Bei Erbschaftsverhältnissen ist der Testamentsvollstrecker regelmäßig zur Einziehung der Mieten berechtigt, aber auch bereits der Erbe, wenn er ein Testament vorlegt (gerichtliches oder privates), das formell richtig abgefaßt ist.

---

* **Die Volkskonzerte**, die voriges Jahr bei der hiesigen Arbeiterschaft sich allgemeiner Beliebtheit erfreuten, werden von morgen, Dienstag, ab wieder regelmäßig im großen, schönen, schattigen Garten des Volksparkes ihren Anfang nehmen. Das uns vorliegende Programm des ersten Konzertes ist ein außerordentlich gewähltes und weist Piecen aus den Opern Rigoletto, Martha, der Operetten Waldmeister, Geisha und andern beliebten Kompositionen auf. Auch ein neuer Walzer „Rote Rosen von Lehar" wird zum Vortrag gelangen. Die Engelmannsche Kapelle, unter Leitung ihres erprobten Dirigenten, bietet Gewähr für eine vortreffliche Ausführung, so daß selbst einem verwöhnten musikalischen Geschmack vollauf Rechnung getragen wird. Zu erwarten ist also, daß dem Bestreben der Volksparkverwaltung, der hiesigen Arbeiterschaft auch auf dem Gebiete der musikalischen Kunst nur wirklich Gediegenes zu bieten, durch zahlreichen Besuch nicht nur Anerkennung zuteil wird, sondern daß dadurch die hiesige Arbeiterschaft auch beweist, daß sie wirklich Kunst zu würdigen sich bestrebt ist.

* **Zur Nachachtung** für alle diejenigen, die auf irgend eine Weise jetzt mit den Gerichten zu tun haben. Die Gerichtsferien beginnen am 15. Juli und endigen am 15. September. Termine und Entscheidungen werden während dieser Zeit nur in sogenannten Feriensachen erledigt. Zu diesen gehören: Strafsachen, Arrestsachen und die eine einstweilige Verfügung betreffenden Sachen, Meß- und Marktsachen, Streitigkeiten zwischen Vermietern und Mietern von Wohnungs- und anderen Räumen wegen Ueberlassung, Benutzung und Räumung derselben, sowie wegen Zurückhaltung der vom Mieter in die Mietsräume eingebrachten Sachen, Wechselsachen, Bausachen, wenn über Fortsetzung eines angefangenen Baues gestritten wird. Das Gericht kann auf Antrag auch andere Sachen, soweit sie besonderer Beschleunigung bedürfen, als Feriensachen bezeichnen. Auf das Mahnverfahren, das Zwangsvollstreckungsverfahren und das Konkursverfahren sind die Ferien ohne Einfluß. Ratsam ist es, besonders in Amtsgerichtsbezirken mit größerem Geschäftsumfang, eventuelle Klagen möglichst bald einzureichen, wenn man noch vor den Ferien ein rechtskräftiges Urteil erlangen will.

* **Wochenbericht** des Ingenieurs Paul Habes, Halle a. S., Merseburgerstraße 161. (Zusammengestellt unter Zugrundelegung amtlicher Quellen.) Ausgelegte Patente. Kl. 8a. E. 12933, Vorrichtung zum strichweisen Auftragen von flüssigen Dichtungs- oder Klebemitteln auf Gewebebahnen. Enno Enkelstroth Halle a. S., Marthastraße 28. Kl. 75d. K. 34575, Verfahren zur Herstellung von pastellähnlichen Drucken. Felix Krokert u. Ko., Halle a. S. Gebrauchsmuster. Kl. 3b. 341359, Damengürtel aus Dermatoid-Gewebe. Rudolph Sachs u. Ko., Halle a. S. Kl. 8d. 341767, Gardinenspanner mit hohlen, vermittelst Doppelmuffen gegeneinander verstellbaren Rahmenteilen, die gleichzeitig teleskopartig ein- und ausschiebbar sind. Gustav Heckel, Leipzig-Gohlis, Menkestraße 58. Kl. 33b. 341681, Gürteltasche mit verteilbarem Verschluß, Fa. J. G. Hauffe, Bulsnitz i. S. Kl. 341524, Siebeinsatz zur Kaffeebereitung. Robert Linke, Leipzig b. Leipzig, Kl. 47g. 341518, Ventilentleerungshahn ohne Stoffbüchse, dessen Gehäuse aus einem Stück besteht. Paul Liebe, Dessau, Askanischestraße 103 und Friedrich Liebe, Ziebigk b. Dessau. Kl. 75c. 341822, Akkumulator (Luftsammler) welcher bei mit Luftdruck betriebenen Malapparaten innen angebracht ist. Fa. Otto Heinrich, Leipzig-Plagwitz. Kl. 82a. 341497, Röhrentrockner mit in seinem Speiseraumpf umlaufenden, mechanisch angetriebenem Förderorgan. F. Aug. Schulz, Halle a. S., Lafontainestraße 25. Auskünfte in allen Patent- und Gebrauchsmuster-Angelegenheiten werden kostenlos erteilt.

* **Streikende Polen** konnte man heute morgen sehen. Auf dem Stadtgut am Bölbergerweg, das vom Pächter Schramm bewirtschaftet wird, legten heute, Montag, die dort beschäftigten Polen (neun Männer und 13 Frauen mit vier kleinen Kindern) die Arbeit nieder, weil sie mit der bisherigen Bezahlung nicht mehr zufrieden waren. Da sie jedoch die gewiß nicht besonders hohe Bezahlung vertragsmäßig eingegangen sind und auch unterschrieben haben, gilt diese Arbeitsniederlegung in den Augen der Unternehmer als Kontraktbruch, und so mußte die Polizei her, diese Sünder zur Raison zu bringen. Von vier Polizisten wurden sie nach der Polizeiwache gebracht. Man wird ihnen wahrscheinlich den Prozeß machen und sie dann, wenn sie nicht gutwillig zur alten Arbeitsstätte zurückkehren, ausweisen. Die „Führer" werden aller Wahrscheinlichkeit nach mit der Herrlichkeit der preußischen Gefängnisse Bekanntschaft machen, damit sie dann in ihrer Heimat erzählen können, daß der Unterschied zwischen Preußen und Rußland gar nicht so groß ist. Und das alles wahrscheinlich nur deshalb, weil der Agent die Leute über die Höhe der Lebensmittelpreise, die in keinem Verhältnis zu dem geringen Lohn stehen, im Unklaren gelassen hat. Es ist wie eine Ironie des Schicksals. Hier besteht ein Verein, der hiesige Industriearbeiter für die Landwirtschaft zu gewinnen sucht, und sonst anspruchslose Leute legen die Arbeit wegen zu schlechter Bezahlung nieder auf dem Stadtgute derselben Stadt, die der Landwirtschaft Arbeiter aufdrängen will. Wie will man da hiesigen Arbeitern Liebe zur Landwirtschaft einflößen? Und wie waren die Bedingungen, unterdenen die streikenden Polen arbeiten sollten? Diese Frage zu beantworten wäre wohl sehr wünschenswert.

* **Elektrische Staatsbahn.** Auch Preußen kann sich dem neuen Zeitgeist nicht ganz verschließen, wenn es auch nicht gern an die Spitze der Kulturnationen tritt. Vor kurzem meldeten wir, daß elektrischer Betrieb auf einigen Staatseisenbahnstrecken eingeführt werden soll. Jetzt wird nun behördlich gemeldet, daß die Strecken Aschersleben-Köthen und Güsten-Staßfurt bereits vom 1. Oktober d. J. ab elektrisch betrieben werden sollen, während die Strecke Magdeburg-Halle-Leipzig allerdings noch eine Weile den alten Betrieb behalten dürfte. Aber auch diese Strecke soll möglichst bald elektrisch betrieben werden.

* **Recht lange Gesichter** wird die Mitteilung hervorgerufen haben, daß die Garantiefondszeichner zum vorjährigen Bundesschießen nun auch noch die zweiten 50 Prozent ihrer Garantiesumme einzahlen müssen. Ja, es ist schön, so ein Bundesschießen mit seinen diversen Festessen usw., aber die Nuß hat einen zu bitteren Kern, wenn man gar kein Geschäftche dabei machen kann.

* **Gelandet** wurde gestern früh 11 Uhr die Leiche des am Freitag ertrunkenen Schülers Schröder am Luft- und Sonnenbad in den Pulverweiden und mit dem Leichenwagen dem Südfriedhof zugeführt.

* **Tierquälerei.** Am gestrigen Sonntag zwischen 8—9 Uhr abends fuhren gutgelaunt zu. 10 Radfahrer in das Lokal Weißes Roß, Geiststraße, hierselbst ein. Die hier gebotene Erholung wurde sehr bewillkommnet. Dieser Erholung war auch ein ganz netter Hund — Pudel — sogar sehr bedürftig, denn man spürte ein sonderbares Gefühl, als man bemerkte, daß der Pudel die Radler höchstwahrscheinlich „per Beene" auf ihrer Tour hat begleiten müssen. Während also die fidelen Radler sich allerlei Unterhaltungen hingaben, konnte man sehen, wie sich der Pudel von Stelle zu Stelle schleppte, und dann wie gerädert zusammenbrach, doch nicht lange, denn Ruhe war nicht zu finden. Die Atmung bewies, daß er innerlich überanstrengt war. Einsender, welcher Augenzeuge dieser gefühllosen Hundehalterei war, informierte sich über den Zustand des Pudels und erfuhr, daß dieser heute nur eine „kleine" Tour gelaufen sei, er habe schon „größere" aushalten müssen. Für diese Tierquälerei hat Einsender keinen Ausdruck. Wir auch nicht.

* **Aus dem Bureau des Apollotheaters.** „Das Tagebuch einer Verlorenen" kann nur noch bis morgen, Mittwoch, gegeben werden, da die Darstellerin der Hauptrolle, Frl. Anny Hamel, vom Hoftheater zu Braunschweig, ab Donnerstag nach Bremen verpflichtet ist.

* **Das schönste Fest der Buchdrucker**, das Johannisfest, feierte die hiesige Mitgliedschaft des Verbandes deutscher Buchdrucker am Sonnabend im Garten und Saal des Volksparkes. Das allezeit fröhliche Völkchen der „Schwarzkünstler" (oder wie sie in der Festschrift genannt wurden „Zeilenbautechniker") hatte sich schon nachmittags ziemlich zahlreich mit Kind und Kegel eingefunden, um bei Vokal- und Instrumentalkonzert, Belustigungen und Spielen mancherlei Art (wobei verschiedene Teilnehmer unverdientes Sch— pardon Glück hatten) sich zu amüsieren. Der Abend vereinigte dann aber eine bedeutend größere Zahl im großen Saale, wo fleißig der Terpsichore gehuldigt wurde, nicht zu vergessen des erklärten Lieblings der Buchdrucker, des Saftes Gambrinus. Wie Fama sagt, schien die Sonne schon mehrere Stunden, als die letzten der Teilnehmer die heimischen Penaten aufsuchten. „Ach, wenn doch bald wieder Johannisfest wäre", soll manchem noch heute in den — — Haaren nachklingen.

* **Hallesches Luft- und Sonnenbad**, Gneisenaustraße. Ein buntes Treiben entwickelte sich am Sonntag im Luftbad des Naturheilvereins Norden. Dort fand ein Garten- und Kinderfest statt, bei dem sich alle Besucher, große und kleine, aufs beste amüsierten. Ein von der Musik angeführter Umzug durch die zum Verein gehörenden, in voller Blüte stehenden Schrebergärten, die einen herrlichen Anblick gewährten, machte viel Freude. 14 Mädchen mit Kränzen im Haar und blumenumwundenen Reifen in den Händen führten mit Gesang einige hübsche Reigen auf. Vier Kinder eines Mitgliedes priesen in netten Gedichten den Wert des Luft- und Sonnenbades, besonders den Müttern ans Herz legend, ihren Kindern recht oft den Segen einer Bewegung ohne beengende Kleidung in Luft und Sonne zu gönnen. Denn dadurch gibt's gesundes Blut, gesunde Lungen, und deutlich konnte man die ständigen kleinen Gäste des Luftbades mit ihrer gesunden gebräunten Gesichtsfarbe von den andern Kindern unterscheiden. Noch viele Belustigungen gab es, auch Feuerwerk. Möge das Fest dazu beigetragen haben, noch recht viele Fernstehende zu veranlassen, die wohltätige Wirkung der Luftbäder am eigenen Körper zu erproben. Besichtigung des Bades ist gern gestattet.

Ammendorf. In der Gemeinde-Vertretersitzung am 15. Juni wurde der Ankauf des Schleifweges beschlossen, ebenso wurde dem Antrage über Sprengung der Hallenschen Straße zugestimmt. Damit wird endlich einem dringenden Bedürfnis der Bewohner wie Passanten dieser Straße Rechnung getragen. Dem Druckereibesitzer der Elstertaler Zeitung wurden für die amtlichen Bekanntmachungen jährlich 100 Mk. bewilligt, da dadurch das Amt in Schreibarbeit etwas entlastet wird. Auch stand wieder die Wahl zweier Schuldeputationsmitglieder auf der Tagesordnung. Wie schon bekannt, war Genosse Pösche nicht bestätigt worden. An dessen Stelle hatte man Herrn Große gewählt. Aber auch dieser wurde seltsamerweise nicht bestätigt, trotzdem er kein Sozialdemokrat ist. Seinen Unmut aber über die Nichtbestätigung gab Herr Große mit Recht in folgenden Worten Ausdruck: Meine Herren, es bleibt einem weiter nichts übrig, als daß man (unsere Genossen anblickend) in Ihr Lager übergeht, denn die Regierung zwingt einem ja dazu, Sozialdemokrat zu werden." (Wird er diesen Worten die Tat folgen lassen?) Ferner wurde die Errichtung einer Schulgrundstücksmauer mit Eisengitter beschlossen. Die Wörmlitzerstraße soll, soweit sie kanalisiert ist, mit Hochbord versehen werden. Dem Antrage, Uebernahme der Kreisstraße von Beesen bis Ammendorf vom 1. Juli d. J. ab, wurde ebenfalls zugestimmt.

Rietleben, 21. Juni. (E. B.) Ein dreister Dieb, ein schon längere Zeit auf der Portlandzementfabrik beschäftigter Arbeiter, hat in der Sonnabendnacht die Fabriklantine mit seinem Besuch beehrt und die Kassette geplündert. Ein vorübergehender Arbeiter sah den Mann bei dieser besser lohnenden Tätigkeit und holte sofort den Wirt herbei. Trotzdem dieser und ein Beamter der Fabrik den Langfinger zu halten versuchten, entkam er doch und wurde bis heute nicht wieder gesehen. Wieviel er gestohlen hat, konnte nicht festgestellt werden.

Lochau, 20. Juni. Die Tochter des Fleischermeisters Brandt, die schon vorigen Winter beinahe ertrunken wäre, geriet beim Baden in der Elster in eine tiefe Stelle und wäre sicher ertrunken, wenn nicht der Maurer Bedemann zu ihrer Rettung herbeigeeilt wäre und sie sicher auf das Trockene gebracht hätte. Das Mädchen scheint besonderes Glück zu haben.

Löbejün, 21. Juni. (E. B.) Zu den Aufgaben der hiesigen Polizei gehört nach unserer Auffassung auch etwas Aufsicht über die Sprengarbeit in den hiesigen Steinbrüchen. Von einem Abdecken der Sprenglöcher ist überhaupt keine Rede. Am Abend des 19. Juni um 6 Uhr war der Weg am

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190806 23-12/fragment/page=0006

Steinbruche des Herrn Baarsch nur mit Lebensgefahr zu passieren, denn Stücke von ansehnlicher Schwere sügen in Kirchturmhöhe bis dicht an den Weg. Hier sollte die hiesige Polizeibehörde etwas eingreifen. Allem Anscheine nach verwendet die Polizei jedoch ihre ganze Aufmerksamkeit darauf, wie die Arbeiter ihren Durst löschen.

Kriegsgericht der 8. Division.

Halle, den 20. Juni.

Keine Degradation. Ein Unteroffizier der Reserve aus dem Landwehrbezirk Halle war vom Schöffengericht Löbejün zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden, weil er Essentelle entwendet haben soll. Es sollte nun daraufhin von dem Kriegsgerichte die Degradation ausgesprochen werden. Da der Angeklagte aber von sehr guter Führung ist und das Kriegsgericht zur Ansicht kam, daß er die Tat, derentwegen er degradiert werden sollte, mehr in der Trunkenheit begangen hat, nahm es von der Degradation Abstand.

Eine Freisprechung erzielte auch ein Reservist aus dem Landwehrbezirk Dessau, der am 22. Mai gelegentlich einer Uebung in der Kaserne einen Kameraden ein Portemonnaie mit 16 bis 17 M. Inhalt weggenommen haben sollte. Der Angeklagte ist vorbestraft und von schlechter Führung. Am Tage, als die Uebung begann, soll der Angeklagte seinen Rock mit in seines Kameraden Spind gehängt haben. Als der Kamerad aber seinen Rock wieder fand, fehlte sein Portemonnaie, das er in eine Tasche gesteckt hatte. Da niemand weiter als der Bestohlene und der Angeklagte in dem Spinde zu tun gehabt hatten, vermutete man in dem Angeklagten mit Bestimmtheit den Täter. Bei einer Durchsuchung der Sachen fand man das Portemonnaie des Bestohlenen nicht; wohl aber entdeckte man, daß der Angeklagte verhältnismäßig viel Geld bei sich führte. Der Angeklagte konnte aber nachweisen, daß er das Geld, das er bei sich führte, von seiner Frau und seiner Mutter vor dem Eintritt in die Uebung erhalten hatte. Der Ankläger war der Meinung, eine andere Person als der Angeklagte könne als Täter nicht in Frage kommen und beantragte fünf Wochen Mittelarrest und Versetzung in die 2. Klasse des Soldatenstandes. Das Gericht kam aber zu der Ansicht, daß aus dem Besitze des Geldes in den Händen des Angeklagten die Täterschaft nicht zu folgern ist. Der Angeklagte wurde deshalb mangels ausreichender Beweise freigesprochen.

Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Halle, 19. Juni.

Unvorsichtig bei dem Erheben von Zeugengebühren war ein Gärtnergehilfe von hier, der zur Zeit in Aschersleben weilt. Der Angeklagte wurde des Betruges beschuldigt, weil er gelegentlich eines Termins in Halle bei der Erhebung von Zeugengebühren angab, er komme von Aschersleben, während er damals noch in Halle wohnte. Er erhob 5.50 Mk. Gebühren für Reise 2c. zu viel. Der Angeklagte, der vom Erscheinen zur Hauptverhandlung entbunden war, wurde zu 20 Mk. Geldstrafe ev. vier Tagen Gefängnis verurteilt. — Ebenfalls zu hohe Zeugengebühren erhoben hatte ein zugendlicher polnischer Arbeiter, der angab, er verdiene 4.80 Mk. Lohn pro Tag, während er in Wirklichkeit nur 2.70 Mk. verdiente. Dieser Angeklagte kam mit Rücksicht auf seine Jugend mit einem Verweise davon.

Wegen Betruges war ein Maschinist, früher hier, jetzt in Erfurt, angeklagt. Der Beschuldigte soll im Februar ds. Js. in Untermaschwitz eine dem Direktor der Ankaufsstelle von landwirtschaftlichen Erzeugnissen gehörige Lokomobile unterschlagen haben. Der Maschinist behauptet, der Direktor habe ihm die Lokomobile für 280 Mark verkauft und der Geschädigte könne nur einen zivilrechtlichen Anspruch erheben, da er, der Maschinist, berechtigt gewesen sei, die Lokomobile sofort weiter zu verkaufen. Der Direktor hingegen sagt, er habe dem Angeklagten nur eine Provision von 20 Mk. versprochen, falls er einen Käufer bringe. Der Maschinist habe aber die Lokomobile eines Tages in Abwesenheit des Direktors einfach weggeholt und verkauft. Geld erhielt der Geschädigte nicht. Das Gericht verurteilte den Angeklagte zu einer Woche Gefängnis.

Gelegentlich ihrer Feldarbeit hatten sich zwei Landarbeiter mehrere Wirtschaftsgegenstände eines Gutsbesitzers angeeignet und diese später nicht abgeliefert. Sie müssen dafür wegen Unterschlagung je 10 Mark bezahlen.

Eine Nichtswürdigkeit beging in einer Nacht ein Bergmann von Osendorf mit einer nicht ermittelten Person auf der Chaussee. Die Frevler brachen von einer Anzahl junger Kirschbäume die Kronen ab, und der Bergmann demolierte auf dem Felde aus reiner Zerstörungssucht noch eine Egge. Der Ermittelte wurde zu 50 Mark Geldstrafe ev. zehn Tagen Gefängnis verurteilt.

Gegen Freibier hatte ein Landarbeiter auf einem Rittergute eines Nachbardorfes einer Schauspielertruppe mehrere Bund Stroh zum Lagern zugesteckt. Als der Rittergutspächter dies erfuhr, erstattete er gegen seinen Angestellten Anzeige wegen Diebstahls. Das Gericht nahm aber nur Unterschlagung als vorliegend an und verhängte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe in Höhe von 15 Mk.

Wegen Mißhandlung waren zwei Former von Landsberg angeklagt, die in der Nacht vom 26. Juni in einer Kneipe einen Maurer und einen Musikdirigenten geschlagen haben sollten. Der eine wurde am Halse gewürgt, geohrfeigt und der andere mit dem Billardstab über die Nase geschlagen. Die Verhandlung mußte behufs weiterer Beweiserhebung vertagt werden.

Aus den Nachbarkreisen.

Zeitz, 21. Juni. **Kreis-Parteifest!** Wieder ist das Fest herangekommen, nach dem sich fast alle Parteigenossen und -Genossinnen schon das ganze Jahr über gesehnt haben und das immer so recht, die Mehrzahl unserer tätigsten Genossen vereinigt. Unsere Parteifeste sind zu einer so ständigen und so beliebten Einrichtung geworden, daß sie niemand mehr aufgeben möchte. Es sind jetzt zehn Jahre her, daß das erste Kreisfest in Werschen stattfand, und von Jahr zu Jahr ist der Besuch ein immer steigenderer geworden. In Luckenau findet das Fest zum zweiten Male statt, der dort vorhandene Raum ist gegen das letzte Mal bedeutend vergrößert worden, so daß die Tausenden, die aus dem Kreise zusammenkommen, wohl genügend Platz haben. Unsere gesamten Arbeitergesangvereine aus dem Kreise haben ihre Mitwirkung zugesagt, ebenso wird Genosse Thiele die Festrede halten. Glücklicherweise ist unser Reichstagskandidat, der mit einer Ausnahme auf allen Parteifesten die Festrede gehalten hat, so zeitig aus seinem unfreiwilligen Heim hinter den Gefängnismauern gekommen, daß er an unserm Fest wie immer teilnehmen kann. Also nun auf, Genossen und Genossinnen! Die Parole für jeden Parteiangehörigen muß für Sonntag sein: **Auf zum Parteifest nach Luckenau!**

Naumburg, 21. Juni. Wiederholt macht die Polizei-Verwaltung bekannt, daß das Radfahren auf sämtlichen Bürgersteigen und Promenaden sowie des rechtsseitigen Bürgersteiges der Straße nach Köben unter Androhung von Bestrafung streng verboten ist. Radfahrer, die diesem Verbot zuwiderhandeln und dafür bestraft werden, haben sich diese Strafe selbst zuzuschreiben.

Naumburg, 21. Juni. (E.B.) Der Scherenschleifer Kunath aus Laucha hat sich als Steinsetzer-Zwischenmeister etabliert. Seine Spezialität scheint zu sein, billige Arbeitskräfte nach bestimmten Orten zu bringen. So hatte er auch einige Steinsetzer von hier mit nach Freiberg i. S. gelockt, mit der Verheißung, es seien dort ca. 18 000 Quadratmeter Pflaster zu verlegen. Als man dort angekommen war und die Sache überschaut hatte, ersuchten die Leute Herrn Kunath, wenigstens das selbe zu zahlen, als die schon dort beschäftigten Steinsetzer bekamen. Herr Kunath ließ sich aber auf nichts ein und erklärte: „Das gibt's nicht, ich zahle keinen Pfennig, was die Steinsetzer hier kriegen, geht mich nichts an.“ Da sich auch die dortigen Steinsetzer mit Recht gegen diese Lohndrückerei wehrten, blieb den Leuten weiter nichts übrig, als wieder zurück zu reisen. Die Steinsetzer hatten noch 21 Mk. rückständigen Lohn zu fordern. Kunath zahlte aber nicht, und so mußten die dortigen Kollegen die Mittel zur Rückfahrt aufbringen. Nachdem nun die Leute zweimal von hier nach Laucha gefahren sind, um ihren Lohn zu bekommen, hat der Herr Pseudo-Steinsetzermeister auch noch einen Tag zu wenig Lohn gezahlt. Auch die Reisekosten nach Freiberg hat er nicht erstattet. Die Leute würden den Herrn verklagen; sie sind aber der Meinung, daß sie auch bei erfolgreicher Klage nichts bekommen. Hoffentlich sichern sich die Steinsetzer ihre Rechte, ehe sie wieder bei einem solchen „Meister“ in Arbeit treten.

Teuchern, 20. Juni. (E.B.) **Eine Reinigung** hat der Kriegerverein Prinz Friedrich Karl nach der Landtagswahl am 3. Juni wieder vorgenommen. Ein Wähler der dritten Abteilung des ersten Bezirks wählte, trotzdem er noch Mitglied des Kriegervereins war, sozialdemokratische Wahlmänner. In diesem Bezirk war nun der erste Vorsitzende des Kriegervereins auch als Wahlmann aufgestellt. Er erhielt auch kraft seines hohen Postens sage und schreibe zwei ganze Stimmen, die beiden Sozialdemokraten aber 89. Daß so etwas einem Kriegervereinsvorsitzenden nicht paßt, sich mit seinen patriotischen Gesinnungen nicht vereinbart, ist ohne weiteres zu glauben. Daher mußte am 6. Juni dieser rote Wähler rrraus. Deshalb erhielt er am 16. Juni folgendes Schreiben:

Teuchern d. 16./6. 08.

Herrn .....!

Theile dir hier durch mit, das die Monat Versammlung b. 6. Juni a. c. Deinen Ausschluß aus den Krieger Verein Prinz Friedrich Karl beschlossen hat. Als Gründe sind anzuführen.

1. Wegen allzu großen Rückstande der Beiträge 16 Monate.
2. Hast Du an der Landtagswahl die beiden Sozialdemokraten, Remme und Schröter gewählt.

Das verstößt gegen die Vereinssatzungen.

Der Vorstand.
J. A. Albert Röder,
Vorsitzender.

Daß der Ausgeschlossene kein besonders warmer Verehrer der Kriegervereine zu sein scheint, beweisen die Steuerreste. Aber dem Faß den Boden ausgeschlagen hat entschieden die „rote“ Landtagswahl. Denn wenn die Steuern 16 Monate gestundet wurden, wären sie schließlich auch noch länger nicht zum Stein geworden, über den er stolpern mußte. Aber die beiden sozialdemokratischen Wahlmänner waren der Fels, der den Eingang in die Gefilde des Kriegervereins für immer verschloß. Hoffentlich erträgt der nun verwaiste Kriegsmann diesen Verlust mit Würde, um so leichter, da Kriegervereine ja bekanntlich keine Politik treiben.

Bitterfeld, 21. Juni. Bezugnehmend auf die in Nr. 133 vom 10. Juni in der Lokalliste aufgeführten beiden Lokale: Herm. Radwitz, Restaurant zum Gambrinus, und J. Grötzsch, Restaurant, bemerken wir, daß wir bereits in Nr. 124 vom 28. Mai unter Bitterfeld mitgeteilt haben, daß beide Lokale aus der Liste zu streichen sind. Nur infolge eines Versehens sind diese Lokale bei der letzten Veröffentlichung der Liste noch mit genannt worden. Den Arbeitern sei daher nochmals mitgeteilt, daß diese Lokale gestrichen sind.

Niemegk, 20. Juni. (E.B.) Das verdächtige Fangeisen. Der Arbeiter Gustav Sommerlatt wurde am 27. Dezember v. J. auf einem Saatstück in Stellungen betroffen, die den Verdacht nahe legten, er wildere und zwar Rehwild. In einem Sack trug er ein Gewehr, auch klebten Rehhaare am Sack. Bei einer Haussuchung in seiner Wohnung wurde ein Fangeisen vorgefunden. Dem Pächter der Niemegker Gemeindejagd sind schon viele solcher Fallen gestohlen worden. Auch das bei Sommerlatt gefundene Eisen wurde für gestohlen gehalten, und zwar zum Zwecke des Reh- und Hasenfangs. Das Schöffengericht in Bitterfeld fand Sommerlatt des Diebstahls schuldig und verurteilte ihn zu einer Woche Gefängnis. Hiergegen hatte er Berufung eingelegt mit der Begründung, er habe das Eisen vor drei Jahren gekauft und Ratten damit gefangen. Der Jagdpächter äußerte in der Berufungsverhandlung, er glaube nicht, daß jemand zum Rattenfang ein so teures Eisen, das 6 Mark koste, benutzen werde. Ein Bitterfelder Händler, bei dem der Angeklagte das Eisen gekauft haben will, wußte von dem Kauf nichts mehr; er bemerkte aber, wenn jemand Ratteneisen von ihm verlange, werde er ihm zunächst billigere vorlegen. Ein Bahnarbeiter und der Vater des Angeklagten bekundeten dagegen, Sommerlatt habe tatsächlich vor drei Jahren eine solche Falle gekauft. Dem Vater war sie von vornherein für den Rattenfang zu groß und zu teuer gewesen. Der Verteidiger führte an, es beweise gar nichts gegen den Angeklagten, daß die bei ihm gefundene Falle dieselbe Fabrikmarke (von Krell) trage, wie die vom Jagdpächter verwendeten. Die Firma Krell liefere Fangeisen und Raubtierfallen bis weit nach Afrika hinein; wenn man in einem Geschäft Fangeisen kaufen wolle, werde man in neun von zehn Fällen Krellsche Fabrikate bekommen. Die Strafkammer Halle hob das Schöffengerichtsurteil auf und sprach Sommerlatt frei, da die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, daß er die Falle tatsächlich gekauft habe.

Stedten, 21. Juni. (E.B.) **Wozu die Kosten?** Unseren Kirchtalbewohnern wurde eine Freude zuteil, als es hieß, diese Straße soll gepflastert werden. Aber es ist Wasser in den Kelch des Freudenweins gegossen worden. Denn mit Erstaunen sieht man jetzt, nachdem die Ausschachtung stattgefunden hat, daß nicht für Personen und Fuhrwerk gesorgt wird, sondern nur fürs Wasser. Es wird nämlich nur eine einen Meter breite Gosse gepflastert. Ob die Gemeinde bei diesem Objekt Geld zu sparen gedenkt, entzieht sich unserer Kenntnis. Wie verlautet, soll der Gemeindevorsteher zwar mit Recht für breitere Pflasterung eingetreten sein, aber die übrigen Vertreter waren dafür bedauerlicherweise nicht zu haben. Dieses Kirchtal ist nämlich eine nicht ganz vier Meter breite Straße und im Winterhalbjahr kaum zu passieren. Da kann es nun wohl leicht vorkommen, daß die schmale Gosse in Grund und Boden gefahren wird, und im Morast, wie er bisher auf dieser Straße üblich gewesen ist, verschwindet. In diesem Falle sind aber Kosten für diese Gosse nur hinausgeworfenes Geld, das ganze aber nur halbe Arbeit. Mit den Steuern hat man allerdings das Gegenteil gemacht. Da hat man mitunter doppelte Arbeit geliefert. Deshalb ist es Sache der Arbeiterschaft, dafür zu sorgen, daß Personen in die Gemeindevertretung kommen, die auch etwas verstehen, und die zum Wohle der Allgemeinheit tätig sind.

Elsterwerda, 21. Juni. Das Kinderfest der Stadtschule findet Sonntag, den 28. Juni, statt, während das der Seminar-Uebungsschule am Freitag, 26. Juni, abgehalten wird. War denn eine Unterscheidung dieser beiden Feste, die doch eins sein könnten, notwendig? — Nach amtlicher Bekanntmachung beginnen die Ferien der Stadtschule am 6. Juli und sollen versuchsweise vier Wochen dauern, sodaß der Schulbeginn diesmal auf den 3. August festgesetzt ist. Diese gewiß empfehlenswerte Neuerung soll beibehalten werden, wenn 14 Tage Herbstferien für ausreichend erachtet werden.

— Wir machen unsere Genossen und besonders die mit Fahrrad oder Ehestandslokomotiven darauf aufmerksam, daß das Radfahren nur auf dem Mittelwege des Seminarparkes gestattet ist. Auf allen anderen Fußwegen, welche zum Seminarpark führen, also namentlich im vorderen Teil, dem sogenannten Luststück, sowie auf dem Elsterdamm, der Fußgängerbrücke, dem anschließenden Fußwege und im ganzen Stadtpark ist das Radfahren verboten. Der Verkehr mit Kinderwagen ist hingegen auf dem Elsterdamme, der neu errichteten Fußgängerbrücke, dem sich anschließenden Fußwege und auf dem Mittelwege des Seminarparkes sowie auf allen Wegen des Stadtparkes gestattet. Nur auf den Seitenwegen des Seminarparkes und vom Schloßplatz bis zum Zugangsweg zur neuen Brücke ist der Verkehr mit Kinderwagen verboten. Karren und schwere Handwagen sind im Seminar- und Stadtpark überhaupt verboten. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

— Das Standesamt befindet sich jetzt Denkmalsplatz 3, I. Die Dienststunden sind wochentags von 10—12 Uhr, Sonn- und Festtags (nur für Anmeldung von Totgeburten) 8—8½ Uhr vormittags.

Salzwedel, 21. Juni. (E.B.) Ueber schwere Unwetter, die am Sonnabend die ganze Altmark heimsuchten, wird uns berichtet: Alle Gewitter waren von starkem Hagelschlag begleitet und haben bedeutenden Schaden angerichtet, außerdem haben verschiedene Blitze verheerend gewirkt. So schlug der Blitz in Bietzen in den Turm der Kirche und setzte ihn in Brand. Der Gasthof bei Wendemark ist durch Blitzschlag vollständig eingeäschert worden. Große Mengen Getreide, 40 Rinder und etwa 15 Pferde wurden ein Raub der Flammen. In Bienau wurden mehrere Rinder auf der Weide erschlagen.

Jena, 20. Juni. Ein Eisenbahnunfall, der am Freitag einen Arbeitszug betraf, hat eine vielstündige Verkehrsstörung herbeigeführt. Zwischen den Stationen Mellingen und Groß-Schwabhausen der Linie Weimar-Gera werden Schienen ausgewechselt. In einer solchen Auswechselung entgleiste von Arbeitszug die Maschine und ein Packwagen. Glücklicherweise wurde nur der Heizer leicht am Arm verletzt. Die Passagiere wurden über Naumburg weiter befördert.

Parteinachrichten.

— **Sozialdemokratische Erfolge bei der Karlsruher Stadtratswahl.** Wie an dieser Stelle mitgeteilt, wurden am 27. d. Mts. in den Karlsruher Bürgerausschuß 18 Sozialdemokraten gewählt, mithin war die 3. Wählerklasse mit 32 (nicht 34) Sitzen für uns erobert. Am Sonnabend fanden die Wahlen zum Stadtrat statt, die um deswillen wichtig sind, weil die badische Städteordnung das Schwergewicht der städtischen Verwaltung dem Stadtrat zuweist. Der Bürgerausschuß hat trotz der großen Zahl der Mitglieder — in Karlsruhe 96 — keine allzu große Bedeutung. Bisher war die sozialdemokratische Bürgerausschußfraktion im Stadtrat nicht vertreten, konnte also keinen Einblick in die kommunale Geschäftsleitung bekommen. Am Sonnabend gelang es, gestützt auf unseren Wahlsieg im Mai und auf bindende Vereinbarungen mit den Liberalen, zwei Stadtratssitze zu erobern und eine Vertretung im Stadtverordnetenvorstand uns zu sichern. Gewählt wurden als Stadträte die Genossen Zeitungsverleger Eugen Geck und Redakteur Willy Kolb; in den Stadtverordnetenvorstand delegiert: Arbeitersekretär Willi. Damit ist die liberale Rathausherrschaft in der badischen Residenz gebrochen, wenn auch den zwei sozialdemokratischen Stadträten 20 bürgerliche gegenüberstehen. Der bei den jetzt beendeten Kommunalwahlen errungene Erfolg hat unsere Erwartungen übertroffen.

Aus dem Reiche.

Frankfurt a. M. Eisenbahners Ende. Im Lokomotivschuppen des Hauptbahnhofes geriet am Sonnabend der 45 Jahre alte Lokomotivputzer Zinner zwischen die Puffer zweier Lokomotiven und wurde totgedrückt.

Gnesen. Das furchtbare Eisenbahnunglück von Tremessen hat ein gerichtliches Nachspiel gefunden. Seit einigen Tagen verhandelt die Strafkammer gegen 13 Eisenbahnangestellte, die wegen des Unglücks angeklagt sind. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Hauptangeschuldigten, Bahnmeister-gehilfen Bajohr und Wagniak ein Jahr bezw. sechs Monate Gefängnis, gegen die übrigen Angeklagten Gefängnisstrafen von einer Woche bis zu einem Monat.

Vermischtes.

* **Eine neue Mordmaschine.** Wie das Pariser Journal meldet, hat ein Ingenieur in Dijon, Namens Apouteaud eine elektrische Mitrailleuse erfunden, welche imstande ist, 1200 Kugeln in der Minute abzufeuern. Der Vorteil dieser Erfindung ist, daß die Kugeln ohne Schießpulver oder sonstigen Explosionsstoff nur durch elektrische Kraft abgefeuert werden. Der Ingenieur behauptet, seine Mitrailleuse sei berufen, eine Revolution in der Fabrikation von Kriegswaffen hervorzurufen.

* **Fünffacher Mord.** Aus Stuhlweißenburg (Ungarn) wird gemeldet: Im Orte Sar-Egres hat der aus Amerika zurückgekehrte Landmann Ludwig Biro, als er hörte, seine Frau habe ihn betrogen, zuerst seine Frau erschossen, und sodann seine vier Kinder getötet. Der Mörder erhängte sich, wurde aber abgeschnitten, worauf er sich ein Messer in die Brust stieß. Er wurde lebensgefährlich verletzt.

* **Ein Opfer der Wissenschaft.** Der bekannte Gelehrte und Arzt Hall Edwards hatte bereits bei der Heilung von Krankheiten, bei denen er die Radiographie anwendete, seinen linken Arm verloren. Am Sonnabend mußte ihm nun auch die rechte Hand amputiert werden. Der König hat ihm, dem Märtyrer der Wissenschaft, eine Jahrespension von 2400 Mk. aus seiner Privatschatulle bewilligt.

* **Der Einzug der Leutnants.** Die Greifswalder Zeitung enthielt unlängst folgenden Bericht: In festlichem Schmuck prangte am vergangenen Mittwoch das Dorf Plötz bei Wölschow, der Wohnort des früheren Landwirtschaftsministers Seiner Exzellenz v. Heyden. Aus Anlaß des ersten Besuches des Leutnants Willi v. Heyden mit seiner verlobten Braut Helene v. Rohr, der jüngsten Tochter des Majors z. D. v. Rohr auf Haus Demmin mit seiner Gemahlin, der Frau v. Rohr, geborene v. Eisenhardt-Rothe, waren Ehrenpforten errichtet worden mit den Farben der beiden hohen Geschlechter. Die Kinder bildeten beim Einzug Spalier. Die Knaben hielten kleine Fahnen, während die Mädchen mit einem Kopfschmuck bekleidet waren, den lange, breite Bänder zierten; ebenfalls in den Farben der Familien v. Heyden (schwarz-weiß) und v. Rohr (rot-weiß).

Erfreulich an diesem Bericht ist nur, daß die Verlobung der Braut besonders hervorgehoben ist. Gerade Leutnants besitzen öfter auch unverlobte Bräute. Mit denen ziehen sie freilich nicht in das elterliche Schloß ein, sondern diese dienen ihnen gewöhnlich nur im stillen Kämmerlein zur Befriedigung des Geschlechtsbedürfnisses. Im übrigen ist es widerwärtig, daß es noch so erbärmliche Sklaven in Deutschland gibt, die einem unbedeutenden jungen Mann zu Ehren große Festlichkeiten veranstalten, und noch mehr, daß sich die Zeitung einer Universitätsstadt zur Veröffentlichung eines derartigen Festberichtes versteht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190806 23-12/fragment/page=0007

Versammlungsberichte.

Buchdrucker. Der Hauptpunkt in der Ortsversammlung am 18. Juni war die Berichterstattung von der 6. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, der von Halle aus zwei Kollegen als Delegierte beiwohnten. Dieselben erstatteten Bericht über die Verhandlungen, den wir seines Umfangs halber nicht zum Abdruck bringen können. In der Debatte wurde bedauert, daß die Generalversammlung nicht auch eine Erhöhung des Krankengeldes vorgenommen hat. Die Erhöhung der Reiseunterstützung soll den Zweck haben, die Arbeitsnachweise etwas zu entlasten, und besonders die jungen Kollegen zu veranlassen, auf die Reise zu gehen. Befürchtet wird, daß die sogen. Spartenfrage trotz eingehender Aussprache auf der Generalversammlung noch nicht erledigt ist. Die einzelnen Spezialgruppen in unserem Gewerbe, so die Maschinensetzer, die Drucker, die Korrektoren, auch die Stereotypeure, haben sich zu engeren Vereinigungen, sogen. „Sparten", zusammengetan und will nun jede Gruppe möglichst viel für sich erringen. Es wird aber gehofft, daß sich die Angehörigen der Sparten zuerst als Verbandsmitglieder fühlen mögen, dann würde sich schon ein Weg zur Einigung finden. — Die sonstigen Punkte der Tagesordnung, u. a. Vorstandswahl, sind weniger von Interesse für die Allgemeinheit. — Ueber die Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hat das Volksblatt, wie in der Versammlung konstatiert wurde, keinen Bericht gebracht, trotzdem doch sonst die Vorgänge bei den Buchdruckern aufmerksam verfolgt werden, auch ein Verbandsmitglied in der Redaktion sitzt. Allerdings ist dies nicht nur den Buchdruckern zu gegangen; es wurde die Ansicht geäußert, daß verschiedene gefaßte Beschlüsse nicht den Erwartungen entsprochen hätten. Der Artikel des früheren Kollegen, jetzigen Arbeitersekretärs Günther in Jena, der sich mit unserer Generalversammlung befaßte, sollte nach Meinung verschiedener Kollegen allem Anscheine nach den Befähigungsnachweis erringen für einen Redakteurposten. Die Versammlung konnte diese Stellungnahme nicht billigen. G.

(Was die Stellungnahme der Versammlung gegen das Volksblatt betrifft, so hat sie in allem über das Ziel hinausgeschossen. Wenn man bedenkt, daß die Generalversammlung gerade während des Landtagswahlkampfes tagte (sodaß die Delegierten nicht einmal ihr Staatsbürgerrecht ausüben konnten), wo die Redaktion mit dem ihr zur Verfügung stehenden beschränkten Raume sehr haushälterisch umgehen mußte, und daß in dem Artikel des Gen. Günther kurz alles das gesagt war, was die Allgemeinheit interessierte, die Buchdrucker aber den ausführlichen Bericht im Fachorgan lesen, so ist es erklärlich und verständlich, wenn wir von einem größeren Bericht absehen mußten. Daran ändert auch die Verbandszugehörigkeit eines Redaktionsmitgliedes nichts. Was die Stellungnahme gegen den Gen. Günther betrifft, so ist es nicht unsere Sache, näher darauf einzugehen, da wir einen Redakteurposten nicht zu vergeben haben, einen derartigen, die Tatsachen so prägnant beleuchtenden Artikel zu bringen wir uns der übrigen Arbeiterschaft gegenüber aber für verpflichtet hielten, wenn er auch nicht gerade vom Gen. Günther gewesen wäre. D. Red.)

Lagerhalter. In der am 10. Juni im Gasthof zu den drei Königen abgehaltenen Versammlung waren 36 Kollegen anwesend. Genosse Kurt hielt einen Vortrag über die Besteuerung der Konsumvereine. Kollege Schellenbeck gab Bericht vom Unterverbandstag in Oedlinburg und Kollege Nilius einen kurzen Ueberblick über die Vor- und Nachteile des neuen Reichsvereins- und Versammlungsgesetzes gegenüber den früheren Bestimmungen. Die Kollegen, welche die verausgabten Fragebogen noch nicht erledigt haben, werden ersucht, dies sofort zu tun. Der unpünktliche Versammlungsbesuch, hauptsächlich der Hallenschen Kollegen, wird scharf getadelt und Abhilfe verlangt.

Eilenburg. In der Kartellsitzung am 12. Juni wurde beschlossen, 50 Stück Reichsvereins-Gesetzbücher anzuschaffen. Dann soll in den Wintermonaten an einem noch näher zu bestimmenden Tage Herr Walkotte-Berlin hier eine künstlerische Vorführung veranstalten. Ueber die Kartellkonferenz in Quedlinburg erstattete Heynemann Bericht. Nach dem Kassenbericht betrug die Einnahme 2094.09, die Ausgabe 2094.09 Mk. Vertreten waren 33 Kartelle durch 54 Delegierte mit 75131 Mitgliedern. Weiter wurde der Antrag angenommen, daß Boykotts nur mit Genehmigung des Gewerkschafts-Sekretärs, der Parteileitung und des Kartells verhängt werden dürfen. Der Beitrag wurde von 3 auf 5 Pf. erhöht. Zugereiste, welche keine Zahlstelle am Orte haben, sollen vom Kartell unterstützt werden. Für Eilenburg wurden eine Schlafmarke im Werte von 40 Pf. beschlossen. — Die Maurer geben bekannt, daß sie gemeinschaftlich mit den Bauarbeitern folgende Forderungen an die Unternehmer eingereicht haben: Stundenlohn für Maurer 48 Pf., für Kalkträger 40 Pf., für andere Arbeiter 38 Pf. — Dann wurde bekannt gegeben, daß die freien Gastwirte auch hier eine Zahlstelle gegründet haben und Anschluß ans Kartell wünschen, jedoch soll erst der Verbandstag der freien Gastwirte resp. die Verhandlungen zwischen Generalkommission und Gastwirte-Verband abgewartet werden. Dann wurde noch auf die Einweihung der Schrebergärten hingewiesen. Die Arbeiter wollen sich jedoch an der Einweihung nicht beteiligen. Es fehlen folgende Delegierte: 2 Tabakarbeiter, 1 Dachdecker, 1 Bäcker, 1 Transportarbeiter.

Weißenfels. Am 16. Juni war vom Gewerkschaftskartell eine öffentliche Handlungsgehilfen-Versammlung nach dem Klosterbräu einberufen worden, die leider sehr schlecht von den Handlungsgehilfen besucht war. Der Referent, Blottke-Leipzig, wies in einem ausgezeichneten Vortrag den Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen nach, daß sie unter denselben schlechten Verhältnissen zu leiden haben, wie die anderen Arbeiter, und daß es ganz dieselben Mittel sein müßten, welche die Handlungsgehilfen anzuwenden hätten, wollten sie Vorteile erreichen, nämlich, sich zusammenzuschließen. In der Diskussion forderten noch einige anwesende Genossen und auch ein Gewerkvereinler in warmen Worten die Handlungsgehilfen zur Organisation auf. Leider hatte keiner der anwesenden Handlungsgehilfen den Mut, sich zu äußern oder dem Verbande beizutreten. Ein Beweis, wie viel Aufklärungsarbeit unter diesen Proletariern noch notwendig ist.

Zeitz. Sozialdemokratischer Verein. In der Versammlung am Dienstag abend, die ziemlich besucht war, hielt zuerst Genosse Tanneberger einen Vortrag. Dann gab Genosse Leopoldt das Resultat der Landtagswahl bekannt und knüpfte daran verschiedene Ausführungen. Er wies besonders darauf hin, daß speziell in Zeitz immer noch gut 2000 Arbeiter ihre Stimmen hätten abgeben müssen, darunter befinden sich viele, die organisiert sind. In der nachfolgenden lebhaften Diskussion wurde verlangt, den Gewerkschaften die Namen der Nichtwähler bekanntzugeben, damit entsprechend vorgegangen werden kann.

Im Geschäftlichen wurde die Abrechnung vom 1. Quartal gegeben, deren Aufstellung sich leider infolge der jetzigen aufgehäuften Arbeit verzögert hatte. Die Abrechnung selbst bewies aber, daß die Kassenverhältnisse ebenso wie der Mitgliederstand im Wachsen begriffen sind. Allerdings hat sich durch öfteren Wechsel der Unterkassierer, zum Teil auch durch geringe Tätigkeit einiger das Mißverhältnis herausgebildet, daß manche Mitglieder nicht kassiert wurden, diesem Uebelstand soll dadurch abgeholfen werden, daß vom 1. Juli ab die 14 Bezirksführer die Einkassierung der Beiträge übernehmen. Dadurch wird ein schnelleres Besorgen der neu eingetretenen Mitglieder erfolgen. Auch die Revisoren, die sonst die Richtigkeit der Kasse und der Belege konstatieren, wünschen einige Einrichtungen zur besseren Feststellung der Einnahmen.

In Verschiedenem fordert Genosse Leopoldt auf, bis zum 1. Juli alle Sammellisten abzugeben, damit die Jahresabrechnung präzis gegeben werden kann.

Dann wird noch debattiert über den Eintritt der Frauen in den Verein. Die Genossin Leopoldt will mit einer Kommission der Frauen noch für das Einzieben der letzten freiwilligen Beiträge der Frauen besorgt sein, dann soll die Liste der Frauen dem Vorstand übergeben werden, damit dieser die Aufnahme der Frauen bewirkt. Bis jetzt sind schon 30 Frauen dem Verein beigetreten. Hoffentlich folgen ihnen bald hunderte.

Trebnitz. In der letzten Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins wurden als 1. Vorsitzender Wilhelm Schmidt, als 2. Friedrich Mönich, als Kassierer Paul Lukas, als Schriftführer Gustav Hellfritzsch, als Bibliothekar Emil Kellermann und als Revisoren Rich. Kruschwitz, Hermann Feicke und Franz Wolf gewählt. Die Preß- und Saalkommission soll in nächster Monatsversammlung gewählt werden. Der bisherige erste Vorsitzende ermahnte den neuen Vorstand zu anhaltend reger agitatorischer Tätigkeit. Nachdem entwickelte sich eine lange lebhafte Debatte über die örtliche Saalfrage, doch kam man noch nicht zu einem bestimmten Beschluß. Ueber die stiefmütterliche Behandlung des hiesigen Lokalvereins seitens des Zentralvorstandes wurde vom 1. Vorsitzenden lebhaft Klage geführt. Man erwartet eine bessere Berücksichtigung auch unseres Ortes.

Sozialdemokratischer Verein, Distrikt Schkeuditz. In der letzten Mitgliederversammlung sprach Genosse Dr. med. Rubensohn-Weißenfels über Berufskrankheiten, deren Ursache und ihre Bekämpfung, wofür ihm reicher Beifall wurde. Die an diesen Vortrag sich anschließende Diskussion trug noch das ihrige zur Aufklärung bei. Genosse Sämisch regte erneut die Erwerbung des Bürgerrechts an. Die Gegner versuchten jetzt alles, ihrerseits Bürger zu gewinnen. Deshalb seien alle Genossen verpflichtet, das gleiche in noch verstärktem Maße zu tun. Zum Schluß wurde noch berechtigte Kritik geübt bezüglich der lauen Beteiligung der Genossen an der Landtagswahl.

Versammlungs-Anzeiger.

In vorliegender Nummer werden folgende Versammlungen bekannt gegeben:

Halle: Metallarbeiter (Klempner und Installateure), Dienstag, 23. Juni.
" Arbeiter-Radfahrerverein, Dienstag, 23. Juni.
" Maler, Dienstag, 23. Juni.
" Sozialdem. Verein, Donnerstag, 25. Juni.
Kayna: Konsumverein, Sonntag, 28. Juni.

Telephonischer Spezialdienst des Volksblattes.

London, 22. Juni. Die Frauenrechterlinnen veranstalteten gestern eine große Kundgebung für das Frauenstimmrecht. Eine Schar von 30000 Frauen zog nach dem Hydepark, wo mehrere Reden gehalten wurden.

Paris, 22. Juni. Aus Tanger wird gemeldet: Der Minister des Aeußeren des Sultans Mulei Hafid, Haissi, hat an die Vertreter der Mächte ein Schreiben gerichtet, in dem er den Einzug seines Herrn in Fez mitteilt und die Mächte ersucht, Mulei Hafid als rechtmäßigen Sultan anzuerkennen. Die Vertreter der Mächte entgegneten, daß sie ihren Regierungen Mitteilung machen wollten.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 22. Juni. Verwandte einer 46jährigen Witwe erstatteten bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen diese, daß sie ihren Mann, ihren Bruder und den Bräutigam ihrer Tochter umgebracht habe. Die Staatsanwaltschaft ist zurzeit mit der Angelegenheit beschäftigt.

Leipzig, 22. Juni. Gestern nachmittag ist bei Groß-Steinberg ein bisher unbekanntes Mädchen von etwa 20 Jahren tot aufgefunden worden. Anscheinend ist ein Sittlichkeitsverbrechen an ihr begangen worden. Der Tod erfolgte durch Erwürgen. Eine vorgefundene Visitenkarte lautet auf den Namen Martha Conrad.

Köln a. Rh., 22. Juni. In Siegburg kollidierte ein mit Ausflüglern besetzter Leiterwagen mit einem Automobil, das gegen einen Baum geschleudert und zertrümmert wurde. Von den Insassen wurden ein Herr und eine Dame schwer verletzt. Von den Ausflüglern sind ebenfalls zwei Personen verwundet worden.

Nürnberg, 22. Juni. Ein verheerendes Unwetter ist über Nordbayern niedergegangen. Nach den bisher vorliegenden Berichten sind in 84 Ortschaften Feuersbrünste durch Blitzschlag entstanden. Die Ernte ist teilweise gänzlich vernichtet. Im Spessart sind 7 und im Frankenwald 11 Personen durch Blitzschlag getötet worden.

Stuttgart, 22 Juni. Die hiesige Strafkammer verurteilte eine aus 14 Personen bestehende Erpresserbande, die seit Monaten an Beamte und Bürger schwere Erpressungen im Sinne des § 175 des Str. G. B. begangen hatte, zu Gefängnisstrafen von ein bis zwei Jahren und Ehrverlust. Die beiden Anführer der Erpresserbande erhielten je drei Jahre Gefängnis und zehn Jahre Ehrverlust.

Wien, 22. Juni. In der gestrigen Vollversammlung der freiheitlichen Studenten der Wiener Hochschulen, an der auch Delegierte der freiheitlichen Studenten fast sämtlicher übrigen Hochschulen Oestreichs teilnahmen, wurde mit überwiegender Majorität die Einstellung des Streiks und die Wiederaufnahme des Kollegbesuchs von heute ab beschlossen.

Ankona, 22. Juni. Der 35jährige Kaplan Angeloni in Ossagna lebte in ständigem Streit mit seinem Konikus Dinkgagliesi. Vorgestern artete der Streit aus, indem Angeloni einen Revolver ergriff und den Konikus durch zwei Schüsse schwer verwundete und einen dritten Schuß gegen sich selbst abfeuerte. Angeloni ist bereits gestorben. Der Grund zu den Streitigkeiten liegt in der gegenseitigen Eifersucht wegen eines schönen Mädchens.

Eingesandt.

Fluß-Freibadfrage für den Norden unserer Stadt.

Der Hallesche Bürger-Verein hat in einer seiner letzten Sitzungen beschlossen, sich zwecks Erlangung eines Fluß-Freibades petitionierend an die städtischen Körperschaften zu wenden. Wer von der Bürgerschaft des Nordens hätte nicht mit freudigem Danke diese Nachricht gelesen! Nicht nur der H.-B.-B., sondern viele tausend Bewohner der nördlichen Stadtteile empfinden den Mangel eines Freibades in ärgster Weise. Was gibt es wohl, das notwendiger wäre? Auch der vom Hall. B.-B. vorgeschlagene Platz wird aller Zustimmung finden; denn, wenn die Gegend bei Trotha vorgeschlagen wird, so möchte dieselbe, als viel zu weit entfernt, abgelehnt werden. In der Nähe der Saalschloßbrauerei mündet der Kanal von Gleichenstein, in die wilde Saale mündet der der Irrenanstalt Nietleben. Außerdem wird in Kürze die Prachtstraße vom Weinberge bis zur Heide entstehen. Da ist es wohl nicht ausgeschlossen, daß die Kabelhäuser verschwinden und eine Anzahl Villen ihre Stelle ersetzen. Dazwischen paßt wohl keine Bretterbude. Ganz absehen will ich davon, daß viele Besucher jedesmal 8 Pf. Brückengeld zu zahlen hätten. Der einzige richtige Platz wäre also der vom H.-B.-B. vorgeschlagene, nämlich die Spitze der Schleuseninsel, nördlich von Kröckers Bad.

Es wäre erwünscht, daß sich mehrere Bürger zu diesem Projekte äußerten. Ein Bürger von Halle-Nord.

Eingesandt.

Bergarbeiter, aufgewacht! schallte es jetzt überall da, wo Bergarbeiter tätig sind, vor der Landtagswahl. Und gerade die Bergarbeiter hätten es nötig gehabt, zur Landtagswahl mit allen Kräften für die sozialdemokratischen Wahlmänner einzutreten, wenn sie sich vor Augen geführt hätten, wie im preußischen Abgeordnetenhause der Bergarbeiter schutz zu einem Bergarbeiter trutz umgemodelt wurde. Was sahen wir aber? Die Bergarbeiter im Halleschen Revier haben mit wenigen Ausnahmen sich möglichst gleichgültig der Wahl gegenüber verhalten, trotzdem gerade sie alle Ursachen hätten, sich aufzuraffen, um sich eine bessere Lebenslage zu erkämpfen, was man aber hinter dem Ofen oder im Bett nicht tun kann.

Von verschiedenen Gruben ist auch nicht ein einziger Bergarbeiter zur Wahl gegangen. Hatten sie es etwa nicht nötig? Ein Blick auf die Verhältnisse auf den einzelnen Gruben würde ihnen die richtige Antwort geben. Arbeiter-Entlassungen, Lohnkürzungen, verkürzte Arbeitszeit sind jetzt an der Tagesordnung. Alles wird mit der beginnenden Krise begründet. Und auf der anderen Seite sieht man, wie selbst organisierte Arbeiter in sträflichem Leichtsinn gegen ihre eigensten Interessen sündigen. Nehmen wir nur einmal eine Grube heraus. Da ist die Sennewitzer Braunkohlengrube. Dort ist der größte Teil der Arbeiter organisiert. Aber die Jagd nach Ueberstunden und nach Sonntagsarbeit schreit direkt nach Abhilfe und wird wohl schwerlich auf einer anderen Grube übertroffen. Was aber wird die Folge sein? Noch geringere Bezahlung, noch mehr Anspannung der Kräfte, noch früherer Verbrauch des Lebens und als Folge frühes Siechtum, früher Tod. Wenn das aber organisierte Arbeiter tun, was soll man dann von den unorganisierten erwarten?

An diesem einen Beispiele seht ihr also, wohin Gleichgültigkeit, Unaufgeklärtheit führt. Soll etwa erst der Verband euch auf eure Pflichten aufmerksam machen? Deshalb, Bergarbeiter des Halleschen Reviers, besinnt euch auf eure Menschenwürde und handelt darnach. P. M., E. B.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle.

Wir ersuchen unsere werte Kundschaft, Expedienten und Austräger, möglichst bald alle Rechnungen für Volksblätter, Inserate und Schriften

Inventur halber

umgehend zu begleichen.

Verlag des Volksblatts u. der Volksbuchhandlg., Halle a. S., Harz 42/43.

Bequemes Sofa, n. gepolst., f. 20 M. z. vrk. Forsterstr. 1, Lad.

Einige kräftige Arbeitsfrauen stellt ein J. Sternlicht, Alt. Markt 11.

Mehrere tüchtige junge Arbeiter sofort für dauernde Beschäftigung gesucht. Ziegelei H. Ströter, Nietleben.

Reparat. an Waschgefäß. schnell u. billig Böttcherei Schülershof 1.

Räumfuhren mit verdeckt. u. offen. Möbelwagen werd. billig angen. G. Weinholz, Harz 5 u. Geiststr. 58.

Räumfuhren jeder Art bes. bill. Alb. Ackermann, Mühlberg 10.

Bestr. Postpantöffel Hochst. 8 pf. r.

Für Gastwirte, Vereine und Gewerkschaften.

Eintritts-Blocks laufende Nr. von 1 bis 500,

Garderobe-Blocks, laufende Nr. von 1 bis 500,

Stat- und Notiz-Blocks,

Tanz-Kontroller (Ersatz für Tanzbändchen) vorrätig in verschiedenen Farben.

Volks-Buchhandlung.

Räum- und Aschenfuhren besorgt Hempel, Fleischerstr. 22.

Ansichts-Postkarten empfiehlt Volksbuchhandl., Harz 42/43.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd, Steinweg 2, 20. Juni.

Aufgeboten: Maler Gudat und Anna Hagelganz (Mansfelderstraße 3 und Gr. Berlin 1). Buchhändler Alberts u. Martha Braatz (Augustastraße 13 und Dorotheenstraße 12). Arbeiter Gehrich und Emilie Zetzsche (Streiberstraße 21 u. Schlosserstraße 5). Arbeiter Wilkerling und Minna Marcinsky (Franckestraße 16). Postbote Meißner und Martha Heidel (Gardenbergstraße 3 und Magdeburgerstraße 11). Lagerhalter Hugo und Maria Fajta gen. Storch (Halle und Letschen). Lehrer Wedding und Elsbeth Fulst (Halle und Abbenrode).

Eheschließungen: Postbote Kreime u. Anna Schubert (Freimfelderstr. 17). Zeichner Piel und Agnes Kluge (Leipzig und Königstr. 48). Arbeiter Nett u. Martha Maurer (Herrenstr. 6 und Bäckerstr. 8). Baggernstr. Schröder u. Marie Langhammer (Meuselwitz und Glaucharerstr. 3). Kaufmann Fröbe u. Margareta Merz (Leipzig und Taubenstr. 9). Arbeiter Hoffmann und Berta Hesse (Schlosserstraße 3 und 4). Kgl. Eisenb.-Sekretär Bauer u. Minna Theile (Bernhardstr. 32 und Leipzig-Reudnitz).

Geboren: Arbeiter Stroß T. (Schützenstr. 10). Lackierer Hasse S. (Delitzscherstr. 76). Arbeiter Fuchs Sohn (Brunoswarte 26). Tapezierer Klostermann Tochter (Forsterstraße 1). Eisenb.-Gütervorsteher Heinel T. (Freimfelderstraße 16). Tischler Gerhardt T. (Memeyerstraße 15). Modelltischler Schwendler S. (Streiberstraße 8).

Gestorben: Kaufm. Stollberg, 58 J. (Prinzenstr. 20). Arbeiter Reise aus Teuchern, 27 Jahre (Bergmannstrost). Invalidenh. Kuhnt Ehefrau Emma geborene Heide aus Querfurt, 48 Jahre (Klinik). Pferdehändler Cohn, 65 J. (Gr. Steinstr. 35). Marie Wollmann, 79 J. (Lutherstr. 1). Kellners Schneider T., 2 Jahre (Bergstraße 3).

Halle-Nord (Burgstr. 38) 20. Juni.

Aufgeboten: Arbeiter Bock und Anna Machlitt (Klausbergstraße 4 und Wörthstr. 4).

Eheschließungen: Tischler Krenzien und Ida Mehlgarten (Raffineriestraße 16 und Advokatenweg 18). Landwirt Rösler und Elsbeth Schäfer (Charlottenburg und Advokatenweg 48). Schneider Steinbrecher und Aloysia Wlypl (Pfälzerstraße 21 und Belfortstraße 8). Malermeister Remmler und Helene Blaßg geb. Anders (Wurzen u. Burgstraße 68). Bürgehilfe Raue und Lilli Ulrich (Lessingstraße 23a und Schraplau).

Geboren: Gastwirt Hermann T. (Talstraße 37). Maler Rüdiger S. (Gabelsbergerstr. 5). Eisendreher Hoffmann Sohn (Eichendorffstraße 10). Eisendreher Röder T. (Gr. Gosenstraße 41).

Gestorben: Inv. Arbeiter Bär, 65 J. (Fleischerstraße 41). Witwe Johanne Klaus geb. Heber, 66 J. (Karlstraße 22). Former Plitz S., 2 W. (Reilstraße 36).

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Gnoß. — Druck der Hallschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080623-12/fragment/page=0008